

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl.
mit Zustellgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.80 zl.
vierteljährlich 14.88 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig
3 G. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch
auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. —
Benzaf-Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr. die einseitige
Reklamezeile 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Da. Bi.
Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platz-
vorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigentexten
erbetben. — Offerentegebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der An-
zeigen an bestimmten Tagen und Plägen wird keine Gewähr übernommen.
Postleitzahlen: Posen 202157, Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 167

Bromberg, Dienstag den 25. Juli 1933

57. Jahrg.

Die Arbeitsschlacht im Reich.

Deutschlands großer Kampf
gegen die Erwerbslosigkeit.

Wenn von einer neuen Etappe der nationalsozialistischen Revolution gesprochen wird, so ist der elementare Kampf gegen das Erwerbslose endgültig gemeint. Schon am 1. Mai kündigte Adolf Hitler einen neuen Abschnitt öffentlicher Arbeitsbeschaffung an. Will man die unendlichen Bemühungen des deutschen Volkes, seines schweren Schicksals Herr zu werden, gerecht würdigen, muß man sich einen Überblick sowohl über das, was vor dem 1. Mai an Arbeitsbeschaffungsplänen in die Tat umgesetzt wurde, als auch über das verschaffen, was nach dem ersten Mai in die Wege geleitet wurde. Dabei ist zu unterscheiden zwischen den Arbeitsbeschaffungsprogrammen des Jahres 1933 und den alten noch in der Ablösung begriffenen Maßnahmen aus dem Jahre 1932. Diese letzteren Arbeiten, die neben den allgemeinen, nicht zu einem besonderen Programm gehörenden Maßnahmen (wie Notstandsarbeiten, Landarbeiter-Wohnungsbau und Arbeitsdienst) im Programm von 1932 zusammengefaßt sind, betreffen im Wesentlichen Maßnahmen innerhalb der Bauwirtschaft. Davor entfallen rund 100 Millionen auf den Straßenbau; und zwar 80 Millionen für die Landesprovinzen und Kreise und 20 Millionen für die Städte. Für die Bauarbeiten an den Reichswasserstraßen wurden 50 Millionen, für sonstige Tiefbauarbeiten in Notstandsgebieten 54 Millionen zur Verfügung gestellt. Für annähernd 80 Millionen sind Meliorationen in Angriff genommen, für das Abwacken veralteter Schiffe 12 Millionen und für den Bau von Herring-Loggern etwa 4 Millionen.

Wichtiger jedoch als die Ablösung des alten Arbeitsbeschaffungsprogrammes vom Jahre 1932 — eine kürzlich ergangene Anweisung ordnet die beschleunigte Errichtung an — ist der Stand des Arbeitsbeschaffungsprogramms von 1933. Für dieses „Sofort-Programm“ wurden Mittel des Reiches in Höhe von 500 Millionen ausgeworfen, die als Darlehen — 300 Millionen durch die „Dessa“ und 200 Millionen durch die Deutsche Rentenbankkreditanstalt — vergeben wurden. 480 Millionen sind davon bereits ausgegeben. Etwa 70 Millionen liegen noch bei der Rentenbank-Kreditanstalt; sie kommen in Kürze zur Verteilung. Instandsetzungsarbeiten in Wohnungen, der Eigenheimbau, die vorstädtische Kleinsiedlung, die Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn und Reichspost und die Landhilfe, die zu diesem Programm gehören, befinden sich noch in der Ausführung. Für das Programm der Reichsbahn stehen überdies noch 100 Millionen eigene Mittel zu Verfügung, 180 Millionen gab das Reich in Form von Steuergutscheinen auf die Verkehrssteuer.

Weitaus bedeutender und umfassender als alle diese Maßnahmen ist der Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit, der am 1. Mai eingeleitet wurde. Er fand seinen stärksten Niederschlag in dem alle Arbeits- und Wirtschaftsgebäuden umfassenden „Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit“ vom 2. Juni dieses Jahres. Dieses große Gesetz gliedert sich folgendermaßen: 1. Arbeitsbeschaffungsdarlehen, 2. Steuerfreiheit für Erwerbsbeschaffungen, 3. Freiwillige Spenden zur Verringerung der Arbeitslosigkeit, 4. Überführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft, 5. Förderung der Geschäftsführungen durch Gewährung von Gegenstandsdarlehen, während der sechste Teil die Durchführungsbestimmungen für jedes einzelne Gebiet enthält.

Was nun die Arbeitsbeschaffungsdarlehen anlangt, so wird das Reich den Ländern, Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechtes zinslose Darlehen gewähren im Gesamtbetrag bis zu einer Milliarde in Form von Arbeitsbeschaffungsanweisungen, zu deren Ausgabe der Reichsfinanzminister ermächtigt wurde. Diese Milliarde soll verwandt werden zur Ausführung von Instandsetzung- und Ergänzungsarbeiten an Verwaltungs- und Wohngebäuden, für Brücken und sonstige Bauten der Länder und Gemeinden, für landwirtschaftliche Betriebe, für die Teilung von Wohnungen und den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen, für Siedlungen, Flussregulierungen, für Arbeiten der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, für Tiefbauarbeiten und Sachleistungen an Hilfsbedürftigen. Die Gesamtsumme von einer Milliarde für alle diese Arbeiten wird zu je einem Fünftel in die Reichshaushaltspläne der nächsten Jahre eingestellt und abgedeckt. Zur Vorbereitung dieser Abdeckung wird bereits jetzt ein Arbeitsbeschaffungs-Tilgungsfonds geschaffen, in den fließen: die Jahresbeiträge, welche die Länder und Gemeinden aus den gewährten Darlehen laufend an das Reich zurückzahlen, ferner die Schatzanweisungen, Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen der freiwilligen Arbeitsbeschaffungsspende und schließlich die Tilgungsbeträge aus den Gegenstandsdarlehen, die an das Reich zurückfließen. Das genaue Verteilungsprogramm dieser Milliarde steht noch nicht fest. Doch tauchen aus der Unzahl von Plänen und Vorschlägen bereits einige auf, die binnen kurzem in Angriff genommen werden. Von dem Tiefbau-Programm, das die Reichsregierung sehr intensiv vertritt und mit dessen Ausführung schon am 1. August begonnen werden soll, erhofft man die Beschäftigung von mindestens 400 000 Arbeitslosen.

Kirche und Staat in Deutschland.

Hitlers Rundfunkrede zu den evangelischen Kirchenwahlen.

Berlin, 24. Juli.

Am Vorlage der evangelischen Kirchenwahlen in Deutschland hat Reichskanzler Adolf Hitler eine über alle deutschen Sender verbreitete Rundfunkrede gehalten, in der er u. a. ausführte:

„Wenn ich zu den evangelischen Kirchenwahlen Stellung nehme, dann geschieht dies ausschließlich vom Standpunkt des politischen Führers aus, d. h. mich bewegen nicht die Fragen des Glaubens, der Dogmatik oder der Lehre. Dies sind rein innere kirchliche Angelegenheiten. Darüber hinaus aber gibt es Probleme, die den Politiker und verantwortlichen Führer eines Volkes zwingen, offene Stellung zu nehmen. Sie umfassen völkische und staatliche Belange in ihrer Beziehung zu den Bekenntnissen. Der Nationalsozialismus hat stets versichert, daß er die christlichen Kirchen in staatlichen Schutz zu nehmen entschlossen ist. Die Kirchen ihrerseits können nicht eine Sekunde darüber im Zweifel sein, daß sie des staatlichen Schutzes bedürfen und nur durch ihn in die Lage gebracht sind, ihre religiöse Mission zu erfüllen. Ja, die Kirchen fordern diesen Schutz vom Staate an. Der Staat muß aber dafür umgekehrt von den Kirchen verlangen, daß sie ihm auch ihrerseits jene Unterstützung zuteil werden lassen, deren er zu seinem Bestande bedarf. Kirchen, die dem Staat gegenüber keinerlei positiven Erfolg in diesem Sinne aufweisen können, sind für den Staat genau so wertlos, wie der Staat wertlos ist für eine Kirche, der gegenüber er unsfähig ist, seine Pflichten zu erfüllen.“

So wie einst das Christentum oder später die Reformation ihre gigantischen politischen Auswirkungen hatten, so wird jede politisch-völkische Umnäzung auch das Schicksal der Kirchen treffen. Nur ein Naiver kann sich einbilden, daß etwa der Sieg des Volkschristentums für die katholische oder evangelische Kirche belanglos wäre und daher Bischöfe oder Superintendenten in ihrer bisherigen Tätigkeit stören oder gar behindern würde. Die Behauptung, daß aber durch die Tätigkeit der Kirchen allein schon solche Gefahren überwunden würden, ist unhaltbar und wird durch die Wirklichkeit widerlegt! Weder die katholische, noch die evangelische, noch die russisch-unitierte Kirche haben oder würden dem Bolschewismus Einhalt gebieten können.“

Es ist daher klar, daß die Kirchen selbst zu solchen völkisch-politischen revolutionären Erhebungen Stellung nehmen müssen. Dies hat zum erstenmal in einer klaren und eindeutigen Weise die römische Kirche dem Faschismus gegenüber in den Vateran-Verträgen getan. Das nunmehr unterzeichnete deutsche Konkordat ist der zweite ebenso klare Schritt auf diesem Gebiete.

Was die im Gesetz vorgesehene Steuerfreiheit für Erwerbsbeschaffungen anlangt, so können nach ihren Bestimmungen alle Auswendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Maschinen, Geräten, anderen Gegenständen gewerblicher und landwirtschaftlicher Betriebe im Steuerabschnitt, da sie gemacht worden sind, vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden. Voraussetzung allerdings ist, daß der neue Gegenstand inländisches Erzeugnis und nach dem 30. Juni 1933 angeschafft wurde. Er darf ferner nicht zu einer Verminderung des bisherigen Arbeitnehmerstandes des Betriebes führen und muß einen gleichartigen Gegenstand des Betriebes ersetzten.

Vielf heredet wurde die Förderung der Geschäftsführungen. Junge Leute, die heiraten wollen, erhalten zinslose Darlehen von 1000 Mark unter der Bedingung, daß die künftige Hausfrau in den letzten zwei Jahren mindestens sechs Monate in einem Arbeitsverhältnis stand, daß sie sich ferner verpflichtet, eine selbständige Erwerbstätigkeit solange nicht aufzunehmen, als der Mann über 125 Mark im Monat verdient und das Gegenstandsdarlehen nicht restlos getilgt ist. Dafür sind 180 Millionen vorgelebt. Das Ergebnis dieser Maßnahme wird wie folgt eingeschätzt: Erhöhung der Geschäftsführungen um jährlich 200 000, Verminderung der Arbeitslosigkeit um 400 000 im 1. Jahr, um 200 000 in jedem weiteren Jahr, Entlastung der Arbeitslosenfürsorge um 200 Millionen im 1. Jahr, um 100 im 2. Jahr, Verbesserung des Steueraufkommens um rund 100 Millionen jährlich, Belebung insbesondere der Möbel-, der Textilindustrie, der Baumwirtschaft und des Güterverkehrs. 300 000 auf diese Weise gestiftete Ehen werden den Arbeitsmarkt entlasten.

Die Überführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft soll durch eine weitgehende Befreiung von den Soziallasten erreicht werden, ferner durch Steuererleichterung für den Arbeitgeber. Das Gesetz bestimmt, daß Haushaltungsvertreter, die eine weibliche Hilfskraft neu einstellen, bei der Besteuerung ihres persönlichen Einkommens diese Hilfskraft als minderjähriges Kind anrechnen können. Es wird auf Grund dieser Maßnahmen mit einer Verminderung der gerade unter den Haushaltungsangestellten besonders großen Arbeitslosigkeit um rund 300 000 gerechnet.

Wie heilend der große Elan wirkt, mit dem die Regierung das große Ziel vor aller Augen stellt, das geht

als Nationalsozialist habe ich den lehnlichsten Wunsch, eine nicht minder klare Regelung auch mit der evangelischen Kirche treffen zu können. Dies sei allerdings voraus, daß an Stelle der Vielzahl der evangelischen Kirchen, wenn irgend möglich, eine einzige Reichskirche tritt. Der Staat hat kein Interesse daran, mit 25 oder 30 Kirchen zu verhandeln, um so mehr, als er überzeugt ist, daß gegenüber den gigantischen Aufgaben der jetzigen Zeit auch hier nur eine Zusammensetzung aller Kräfte als wirkungsvoll angesehen werden kann.

Im Interesse des Wiederaufstiegs der deutschen Nation, den ich untrennbar mit dem nationalsozialistischen Bewegung als verbunden ansehe, wünsche ich daher verständlicherweise, daß die neuen Kirchenwahlen in ihrem Ergebnis unsere neue Volks- und Staatspolitik unterstützen werden. Denn indem der Staat die innere Freiheit des religiösen Lebens zu garantieren bereit ist, hat er das Recht, zu hoffen, daß in den Bekenntnissen diejenigen Kräfte gehört werden möchten, die entschlossen und gewillt sind, auch ihrerseits für die Freiheit der Nation sich einzusehen. Dies wird aber nicht gewährleistet durch weltabgewandte und den Ereignissen und Ereignissen der Zeit keine Bedeutung beizemessenden Kräfte einer religiösen Versteinerung, sondern durch die Kräfte einer lebendigen Bewegung.

Diese Kräfte sehe ich in jenem Teil des evangelischen Kirchenvolkes, in erster Linie versammelt, die im Deutschen Christen bewußt auf den Boden des nationalsozialistischen Staates getreten sind. Nicht in erzwungener Duldung, sondern in lebendiger Bejahung! Die inneren religiösen Fragen der einzelnen Bekenntnisse werden davon verkannt nicht berührt. Es ist nicht meine Aufgabe, dazu Stellung zu nehmen.“

Die evangelischen Kirchenwahlen.

In ganz Deutschland fanden am gestrigen Sonntag die evangelischen Kirchenwahlen statt, mit Ausnahme derjenigen Landesteile, wo man vorher eine Einheitsliste aufgestellt hatte, sich also eine eigentliche Wahlhandlung erübrigte. Die Wahl ist nachmittags um 6 Uhr geschlossen worden, aber bis Nedaktionsschluss lagen noch keinerlei Ergebnisse vor. So viel steht jedoch schon heute fest, daß die Wahlen bei teilweise außerordentlich starker Beteiligung einen großen Erfolg der Deutschen Christen ergeben haben, die im Durchschnitt etwa 70 bis 80 vom Hundert aller abgegebenen Stimmen errungen haben dürften.

aus dem Ergebnis der „Freiwilligen Spende zur Förderung der nationalen Arbeit“ hervor, die ebenfalls im Gesetz vorgesehen ist. Sie brachte in wenigen Wochen 10 Millionen Mark. Die Spende hat einen doppelten Zweck. Einmal sammelt sie als „offene Spende“ Mittel für die Arbeitsbeschaffung, sie gibt aber auch als „verborgene Spende“ die Möglichkeit, eine Steueranmietung für alle Hintergeburten zu erlangen, die vor dem 1. Juni erfolgt sind. Über diese Amnestie hinaus wird die offene Spende in bar auf Reichsteuer angerechnet. Schließlich wirken, wenn auch auf anderem Geleise, noch zwei andere Sammelaktionen für die Arbeitsbeschaffung: Die Geldlotterie der NSDAP, die vom 1. Juli d. J. ab unter dem Motto „Arbeit und Brot“ veranstaltet wird, und die „Hitler-Spende“ der Deutschen Wirtschaft, die vornehmlich den Opfern der Arbeit und ihren Hinterbliebenen zugute kommt.

Es ist, wie man sieht, ein großer Einsatz, der das Bewußtsein von der Bedeutung der gigantischen Schlacht gegen die Arbeitslosigkeit widerspiegelt. Der Plan wäre nicht vollständig, wollte man nicht den Hinweis des Wirtschaftsministers Schmitt zitieren, daß alle künstliche Arbeitsbeschaffung natürliche Grenzen hat. Deswegen verlangte er Ruhe für den eigentlichen Motor der Wirtschaft: die Initiative des Privatunternehmers. Ruhe kann nur eine stabile Regierung sichern. Das Reich hat seit langem keine stabile gehabt ...

Beck wieder bei Piłsudski.

Warschau, 24. Juli. Außenminister Beck ist am Sonnabend in Wilna eingetroffen und hat sich sofort nach Piłsudski begeben, um mit Marshall Piłsudski eine Besprechung abzuhalten. Marshall Piłsudski verbringt bekanntlich seine Sommerzeit in Piłsudski.

Gesandter von Moltke in Urlaub.

Der Warschauer deutsche Gesandte, von Moltke, hat seinen Urlaub angetreten und wird vom Legationsrat Schlegel in seinen Amtsgeschäften vertreten.

Das Reichskonkordat mit Rom veröffentlicht.

Berlin, 24. Juli. Das bedeutsame Werk, das zwischen den bevollmächtigten Vertretern des Deutschen Reiches und der katholischen Kirche in verhältnismäßig kurzer Frist und durch freundliche Verhandlungen zustande gekommen ist, ist in seinem amtlichen Wortlaut sowohl in Berlin als auch in Rom der Öffentlichkeit übergeben worden. Bei der Unterzeichnung des Konkordats haben die Verhandlungspartner übereinstimmende Erklärungen abgegeben, die einen integrierenden Bestandteil des Konkordats selbst bilden und in einem sogenannten Schlusprotokoll niedergelegt sind. Wir werden den amtlichen Text des Konkordats in unserer nächsten Ausgabe veröffentlichen. Heute beschränken wir uns auf

eine amtliche Erklärung,

in der das für das Verhältnis von Staat und Kirche außerordentlich wichtige Gesamtwerk eine entsprechende Würdigung erfährt. In diesem amtlichen Kommentar heißt es u. a.:

Das nunmehr unterzeichnete Reichskonkordat bedeutet den ersten feierlichen Vertragsabschluß zwischen dem Deutschen Kaiserreich und der katholischen Kirche am Ende einer 1000jährigen Auseinandersetzung. Es weist wie alle Akte der nationalsozialistischen Regierung vor allem in die Zukunft. Die Herstellung des konfessionellen Friedens in dem bekenntnismäßig geprägten deutschen Volke ist eine zwingende Notwendigkeit, um die wahre Einigkeit innerhalb des deutschen Vaterlandes herzustellen. Wie durch das Reichsstatthaltergesetz der Particularismus in Deutschland endgültig beseitigt worden ist, so räumt das nunmehr vorliegende Reichskonkordat mit den letzten Resten der Kulturmüttigung in Deutschland auf.

Es wäre müßig, angewischt dieser geschichtlichen Tatsache nach alter deutscher Unsitte allzusehr die Einzelheiten des Vertragswerkes mit Haarspaltereien abzuwagen. Drei Hauptgesichtspunkte stehen im Vordergrund einer dem Geist dieses Vertragswerkes gerechtverdienenden Beurteilung. Die Einflussphären des Staates einerseits und der Kirche andererseits werden gegenseitig gesichert, aber auch abgegrenzt. Während im liberalen Zeitalter die Kirche zur Sicherung ihres Einflusses stark in das politische Gebiet vorgestossen war, ist dazu heute keine Notwendigkeit mehr. Denn der Staat ist ja in Zukunft der Garant der christlichen Mission der Kirche. Er sichert ihr die Bekennisschule und damit die religiöse Erziehung und Durchdringung des heranwachsenden Geschlechts.

Daraus ergibt sich aber auch, daß nunmehr die Diener der Kirche aus der parteipolitischen Sphäre ausscheiden. Der Geistliche wird sich in Zukunft ausschließlich seinen seelsorgerischen Pflichten zu widmen haben. Dieses Gebiet ist wahrscheinlich umfassend genug, um verantwortungsbemerkten Persönlichkeiten weiten Spielraum zu einer geistlichen Entfaltung ihrer Kräfte zu bieten. Besonders bemerkenswert ist, daß sich das Deutsche Reich in Artikel 32 des Konkordats verpflichtet, diesen Grundzusatz auch gegenüber den Geistlichen aller nichtkatholischen Bekennisse durchzusetzen.

Damit ist zu dem staatlichen Verbot der Neubildung politischer Parteien ein durch die deutsche Geschichte der leh-

ten 100 Jahre deutlich genug als notwendig erwiesener Zwang hinzugesetzt worden. In engem Zusammenhang mit dem Verbot für Geistliche, politischen Parteien anzugehören oder für solche tätig zu sein, steht die Beschränkung der katholischen Verbände und Vereine auf solche Zwecke, die abseits aller Parteipolitik, abseits auch von jeder Gemeinschaftspolitik liegen. Die katholischen Verbände und Vereine zerfallen, soweit sie zugelassen werden, in zwei Hauptgruppen: solche, die ausschließlich religiösen, rein kulturellen oder charitativen Zwecken dienen, und in solche, die außerdem noch anderen, hauptsächlich sozialen oder berufsständischen Zwecken gewidmet sind.

Die Vereine der ersten Gruppe können ihr Leben — vorausgesetzt, daß sie sich innerhalb der ihnen gesteckten Grenzen bewegen — frei und ungehindert führen. Die Vereine der zweiten Gruppe können in staatliche betreute Verbände eingegliedert werden und verzichten insofern auf ihre volle Selbständigkeit. Doch dürfen auch sie unter dieser einen Voraussetzung selbständig ihre Zwecke auf die bei ihnen herkömmliche Weise verfolgen. Sie werden sich besonders sorgfältig davor zu hüten haben, auch nur den Anschein parteipolitischer oder gewerkschaftlicher Tätigkeit zu erwecken.

Die Vereine beider Gruppen werden in ihrem Eigentum und ihrem Eigenleben vom Staat geschützt. Rechtliche Nachteile dürfen durch die Zugehörigkeit zu solchen Vereinen usw. ihren Mitgliedern weder in der Schule noch im Staatsleben erwachsen.

Das Reichsministerium des Innern stellt im Benehmen mit dem deutschen Episkopat ein Verzeichnis der Verbände und Vereine beider Gruppen auf. Veränderungen, Neu gründungen oder das Erlöschen der Verbände oder Vereine sind dem Reichsministerium des Innern zu melden. Die Liste wird demnächst veröffentlicht werden. Schließlich dürfte sich die Öffentlichkeit auch mit der Frage des Verhältnisses des Reichskonkordats zu den bisherigen Länderkonkordaten (Bayern, Preußen, Baden) besonders beschäftigen. Das Reichskonkordat tritt den genannten Länderkonkordaten im allgemeinen ergänzend zur Seite. Das Bistum Meißen sowie die Suffraganbistümer Rottenburg und Mainz, die bisher noch nicht von Länderkonkordaten erfaßt waren, erfahren hier eine den Verhältnissen in den übrigen deutschen Ländern weitgehend angeglichene Regelung.

Die Zeit für eine Beseitigung der Länderkonkordate und für eine Heraufnahme ihrer Bestimmungen in ein Reichskonkordat ist noch nicht gekommen. Die staatsrechtliche Entwicklung des Deutschen Reiches läßt aber erwarten, daß diese Notwendigkeit in absehbarer Zeit eintreten wird. Dann wird das gesamte Gebiet der Staat und Kirche gemeinsam berührenden Fragen in einem einzigen Reichskonkordat zu regeln sein.

Schließlich sei noch erwähnt, daß neben der Neu regelung der Militärfeuersorge auch

die Minderheitenfrage berührt wird. Während der Heilige Stuhl sich hier feierlich zu seinen immer vertretenen Grundzügen von der Aufrechterhaltung der Muttersprache im Religionsunterricht bekennt, beweist das Reichskonkordat seinen loyalen Willen zum Schutz andersvölkischer Minderheiten auf der Grundlage vollkommener Gegen seitigkeit.

mittag die beiden Schlusserichte — den Wirtschaftsbericht und den Währungsbericht — dem Konferenzbureau vorlegen. Das Bureau wird dann entscheiden, ob sich die Konferenz bis zu einem bestimmten Zeitpunkt vertagen oder durch das Bureau wieder einberufen werden soll, wenn die Zeit dafür geeignet erscheint.

Gleichzeitig wird festgelegt werden, ob und in welcher Form das Bureau während der Vertagung aufrechterhalten wird, und ob der eine oder der andere Ausschuß während der Vertagung seine Arbeit fortzusetzen hat. Der Bericht und die Empfehlungen des Bureaus werden dann der Schlus konferenz am Donnerstag vorgelegt.

Mussolini über die Fehlschläge in London und Genf.

London, 24. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Mussolini erklärt in einem in der "Morningpost" erschienenen Artikel, daß mit dem Ende der Weltwirtschaftskonferenz die Überalterung der internationalen Konferenzen erwiesen sei. Das gegenwärtige Vorgehen auf den Konferenzen sei vollkommen falsch, vor allem seien sie nicht genügend vorbereitet. Es handele sich um die ewige konventionelle Falschheit, die die demokratische Gleichheit bewährte, obgleich es demokratische Gleichheit weder in der Natur noch in der Geschichte gegeben habe.

"Es wäre richtig gewesen", so erklärt Mussolini, "wenn man nur die Länder mit Weltinteressen einberufen hätte, die nicht mehr als ein Dutzend zählen. Wenn diese Länder zu Vereinbarungen gekommen wären, dann wäre bereits 75 vom Hundert der Bevölkerung die wirtschaftliche Freiheit geschenkt worden, und das hätte wieder die nötigen Rückwirkungen auf die kleineren Staaten ausgeübt. Sowohl die Londoner wie die Genfer Konferenz läge zurzeit im Sicker, und man könne daher von zwei bezeichnenden und gefährlichen Fehlschlägen in der europäischen Politik sprechen. Nur der Bier-Mächte-Pakt gäbe Europa die Gelegenheit, eine Zeitlang zu atmen. Der Gedanke, daß Europa zehn Jahre lang Ruhe habe, bedeutet eine starke Anregung für die Verbesserung der allgemeinen Lage. Das Werk 'Konferenz' müsse auf einige Jahre aus dem Wörterbuch der internationalen Politik verschwinden."

Man müsse die Missbräuche einer mißverstandenen Demokratie korrigieren, deraufsolge das Schiff nicht von Steuerleuten, sondern von Unwissenden gesteuert werden soll, die nicht einmal den Kompass lesen können. Es seit Zeit, endlich zu erklären, daß dieses System gewisse Staaten und ihre Völker zum Ruin geführt habe. Die Demokratie könne nur sprechen und leben vom Worte, aber in Zeiten der Krise müßten die Völker Befehle erhalten.

Professor Max von Schillings †

Berlin, 24. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern Nacht ist der Intendant der Städtischen Oper, Berlin-Charlottenburg und Präsident der Akademie der Künste, Prof. Max v. Schillings, in der Privatklinik von Prof. Dr. Sauerbruch einer Embolie erlegen.

Der plötzliche Tod Prof. Max v. Schillings hat eine Lücke in die deutsche Künstlerwelt gerissen, die noch für Jahre fühlbar und unauffüllbar sein wird. Mit Schillings ist eine der markantesten Persönlichkeiten der deutschen Musikerwelt gestorben. Seinem Alter nach noch in die Zeit Brahms und Wagners zurückreichend, hat er die moderne Entwicklung der deutschen Musik an führender Stelle mit gemacht und hat, obwohl selbst ein Moderner, die vielfachen Brüderwege der Musikrichtung der Nachkriegszeit und die Auswüchse der Kunst eines Arnold Schönberg und seiner Epigonen eingedämmt und abgehängt.

Prof. Max von Schillings ist von Geburt Rheinländer. Er wurde am 19. 6. 1868 in Düren im Rheinland geboren, besuchte das Gymnasium in Bonn, studierte zunächst auf der Universität in München Philologie und Jura, um sich erst später ganz der Musik zu verschreiben. Schon als Knabe verriet er eine außerordentliche musikalische Begabung. Schon in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hat er sich mit Erfolg kompositorisch betätigt. Sein Musikdrama "Ingwälde", zu welchem der Wiener Motiv das Sujet verfaßt hatte, fand gerade in Wien viel Beifall. Schillings stand in der ersten Zeit seiner schöpferischen Tätigkeit unter dem Einfluß Wagners. Dieser Einfluß ist niemals ganz erloschen, obwohl Schillings in seinen reifen Jahren eigene Wege zu gehen wußte. In seinen Chorwerken, Orchester-Kompositionen, Liedern, Quartetten und in seiner Oper "Mona Lisa" hat er außerordentliches geleistet. Er ist mit Richard Strauss der Meister und zugleich geistige Führer der deutschen Musikwelt gewesen, wenn er in schöpferischer Hinsicht die Popularität eines Richard Strauss auch niemals erreicht hat. Seine Größe beruhte in seiner eminenten Dirigierkunst, an die, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur wenige Lebende heranreichten.

Empfindlich wird sich der Verlust Max von Schillings für die Waldoper in Boppot auswirken. Seit Jahren war es eine feststehende Tatsache, daß Prof. Max v. Schillings die Festauflührungen in dem "Heiligen Hain von Boppot" dirigieren mußte. Wenn Boppot Weltberühmtheit erreicht hat, dann ist sie zu einem großen Teile der Kunst eines Max v. Schillings zuzuschreiben. Er gehörte zu den selbstverständlichen Erscheinungen, die jährlich am Dirigentenpult in der Waldoper stehen mußten.

Er hat — für Boppot — den Dirigentenstab vorzeitig aus der Hand legen müssen. In wenigen Tagen, am 27. Juli, sollte er die Erstaufführung von Beethovens "Fidelio" leiten. Die deutsche Musikerwelt und die Waldoper Boppot wird Stunden der Trauer erleben. Das Dirigentenpult in Boppot wird verwaist erscheinen. Sein Erbe wird ein anderer antreten müssen, um es in seinem Sinne fortzuführen. Dann wird Schillings weiter leben.

Admiral a. D. von Schröder †

Berlin, 24. Juli. Der Admiral a. D. Ludwig von Schröder ist am Sonntag früh im Alter von 79 Jahren an den Folgen eines Leberleidens gestorben. Admiral von Schröder kommandierte von 1914 bis 1918 das aus Matrosen und Seeolden gebildete Marinekorps in Flandern, das sowohl die belgische Küste als auch das nördliche Drittel der Uferfront hielt.

Preußens Kampf gegen die Staatsfeinde.

Todesstrafe für Saboteure.

Aus Berlin wird gemeldet:

Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Göring hat am Sonnabend das Preußische Kabinett eine außerordentlich wichtige Sitzung abgehalten, in welcher Gesetze und Verfügungen verabschiedet wurden, die dreierlei zum Inhalt haben.

1. Die Festlegung eines erhöhten Schutzes für die Träger der nationalsozialistischen Bewegung und des Staates, also insbesondere für Angehörige der Polizei, der SA und SS einschließlich des Stahlhelms.
2. Das an alle gerichtete Verlangen, nunmehr unter allen Umständen die Staatsautorität als einzige anzuerkennen.
3. Die Schlusfolgerung daraus, daß die Revolution vom Führer und Kanter am 15. Juni als durch den totalen Sieg beendet erklärt worden ist.

Über die Gesichtspunkte, die bei den Kabinettsberatungen obwalten und über die Bedeutung der neuen gesetzgeberischen Maßregeln sprach

Ministerpräsident Göring

am Sonnabend nachmittag vor der Presse. Er führte hierbei etwa folgendes aus:

Die neuen preußischen Gesetze dienen dem verstärkten Schutz von Volk und Staat und der Kämpfer der nationalen Erhebung. In letzter Zeit haben sich kommunistische Attentate gegen Beamte und SA-Männer in vermehrter Zahl ereignet. Im Vertrauen auf die Langmut des Staates hat man seine Vorkämpfer angegriffen, selbst im Gericht hat ein Kommunist auf einen SA-Mann geschossen, und es ist vorgekommen, daß von einem offen durch die Straßen einer Stadt fahrenden kommunistischen Propagandaauto aus auf die Polizei geschossen wurde! Das preußische Kabinett hat alles getan, um durch schärfsten Einsatz der gegebenen gesetzlichen und polizeilichen Mittel solche Attentäter schnell und wirksam der verdienten Strafe zuzuführen. Milde und Umstände werden in solchen Fällen künftig grundsätzlich ver sagt werden. Darüber hinaus hat der Preußische Ministerrat den Entwurf eines Reichsgesetzes beschlossen, das die Todesstrafe für vorbereitete und durchgeführte Attentate auf Beamte und die Träger der nationalen Erhebung in SA, SS und Stahlhelm festlegen soll, gleichviel, wie das Attentat verläuft. Dieser Entwurf wird der Reichsregierung vorgelegt und, wie Ministerpräsident Göring mit Sicherheit annimmt, von ihr zum Gesetz erhoben werden. Für die Kämpfer und Träger des neuen Staates wäre damit eine Sicherheit geschaffen, wie sie sie bisher noch nicht genossen haben.

Dem Ministerpräsidenten ist vom Kabinett außerdem die Vollmacht erteilt worden, in erweitertem Umfange Be-

gnadigungen bzw. die Niederschlagung von Verfahren anzuordnen, wenn in der vergangenen Zeit Kämpfer der nationalsozialistischen Revolution zwar gegen die Form der Gesetze gefehlt haben, aber nur, um tatsächlich der Revolution und damit dem Staat und Volke zu dienen. Als Stichtag für diese Begnadigungen wird der Tag gelten, an dem der Reichskanzler die Revolution für beendet erklärt hat.

Von nun an verlangt der preußische Ministerpräsident von jedem, wo immer er auch steht, daß er sich mit ganzer Person für die Autorität des nationalsozialistischen Staates und damit des deutschen Volkes einsetzt.

"Es gibt", sagte Hermann Göring wörtlich, "jetzt nur eine Autorität, die des Staates, die wiederum ihre Autorität ableitet aus dem grenzenlosen Vertrauen des deutschen Volkes."

Spaniens neuer Botschafter in Berlin.

Der spanische Ministerrat hat den früheren Außenminister Louis de Boulle zum Botschafter in Berlin ernannt. Die Deutsche Regierung hat bereits ihr Agrément erkannt.

Louis de Boulle wurde 1878 in Barcelona geboren. Er studierte in Paris und Berlin und promovierte 1910 zum Doktor der Philosophie an der Universität Madrid. Noch im selben Jahre erhielt er eine Professur an der Lehrerakademie. 1919 zog Boulle als Abgeordneter der Reformistenpartei in das Parlament ein. Nebenbei betätigte er sich als Journalist. In Anerkennung seiner wissenschaftlichen Arbeiten wurde er von der Universität in Mexiko zum Ehrendoktor ernannt.

Nach der spanischen Revolution gehörte der neue Botschafter der gesetzgebenden Nationalversammlung an und wurde im Dezember 1931 Minister des Auswärtigen. Er ist mit einer Schwester des spanischen Kammerpräsidenten verheiratet. Der vorige spanische Botschafter in Berlin hat bekanntlich Deutschland verlassen, da er an einer sozialistischen Zeitschrift beteiligt ist, die gegen die nationale Regierung Deutschlands scharf Stellung nimmt.

Das Ende in London.

London, 24. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die siebte und letzte Woche der Weltwirtschaftskonferenz beginnt am heutigen Montag. Am Montag nachmittag um 15.30 Uhr wird eine öffentliche Vollsitzung des Währungs auschusses des Währungsbericht entgegennehmen, zu dessen Fertigstellung der französische Finanzminister Bonnet am Sonntag abend in London eingetroffen ist. Konferenzpräsident Macdonald wird am Dienstag nach-

Sommernacht.

Es wallt das Korn weit in die Runde
Und wie ein Meer dehnt es sich aus;
Doch liegt auf seinem stillen Grunde
Nicht Seegewürm noch anderer Graus;
Da träumen Blumen nur von Kränen
Und trinken der Gesirne Schein.
O goldnes Meer, dein friedlich Glänzen
Saugt meine Seele gierig ein!

In meiner heimat grünen Talen
Da herrscht ein alter schöner Brauch:
Wann hell die Sommersterne strahlen,
Der Glühwurm schimmt durch den Strauch,
Dann geht ein Flüstern und ein Winken,
Das sich dem Ahrenfelde naht,
Da geht ein nächtlich Silberblitzen
Von Sicheln durch die goldne Saat.

Das sind die Bursche, jung und wacker,
Die sammeln sich im Feld zuhauß
Und suchen den gereisten Acker.
Der Witwe oder Waise auf,
Die keines Vaters, keiner Brüder
Und keines Knechtes hilfe weiß —
Ihr schneiden sie den Segen nieder,
Die reinsten Lust zierte ihren Fleiß.

Schon sind die Garben festgebunden
Und rasch in einen Ring gebracht;
Wie lieblich stöhnen die kurzen Stunden,
Es war ein Spiel in kühler Nacht!
Nun wird geschwärmt und hell gesungen
Im Garbenkreis, bis Morgenluft
Die nimmermüden brauen Jungen
Zur eignen schweren Arbeit rast.

Gottfried Keller.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strenge Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 24. Juli.

Teils woltig, teils heiter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet teils woltiges, teils heiteres Wetter bei wärmer werdenden Temperaturen an.

Der natürliche Bevölkerungszuwachs fällt auch in Polen.

Während im Jahre 1930 in Polen noch 1 015 894 Kinder geboren wurden, fiel diese Zahl im Jahre 1931 auf 965 795 und im vergangenen Jahre sogar auf 932 116. Die Zahl der Geburten hat sich also um über 88 500 vermindert. Der natürliche Bevölkerungszuwachs betrug im Jahre 1930 525 464 oder 16,7 auf 1000 Einwohner, im vergangenen Jahre 444 901 oder nur noch 13,7 auf 1000 Bewohner. Noch größer stellt sich der Rückgang der natürlichen Bevölkerungszunahme dar, wenn man das Jahr 1925 zum Vergleich heranzieht, in dem der Bevölkerungszuwachs 18,5 auf das Tantend betrug.

Auffallender Weise sind im ersten Quartal des laufenden Jahres 34 000 Kinder weniger geboren worden als in demselben Quartal des Vorjahres und der natürliche Zuwachs der Bevölkerung ist sogar um über 44 000 zurückgegangen, er ist von 15,5 auf 10 gefallen.

Die polnische Hauptstadt zeigt zum ersten Mal nach dem Kriege einen Rückgang des Bevölkerungszuwachses und ist auch in die Reihe der "sterbenden Großstädte" eingetreten. Im ersten Quartal dieses Jahres war die Zahl der Lebendgeborenen um 882 kleiner als die Zahl der Todessfälle. Den größten Bevölkerungszuwachs haben in Polen mit 15,7 auf das Tausend die Orthodoxen, also die Ukrainer. Bei den Katholiken beträgt er 9,6 und bei den Griechisch-Katholischen 12,6. Diese kleine Gegenüberstellung zeigt uns ein für Polen, das doch ein Nationalstaat sein will, sehr ernstes Problem: im Laufe der Jahre können die den nationalen Minderheiten angehörenden Ukrainer, Russen und Weißrussen den Polen zahlenmäßig zuvorkommen.

An dem starken Rückgang der Bevölkerungszunahme in Polen ist wohl vor allem die wirtschaftliche Not schuld. Diese wirtschaftliche Krisis ist auch nicht ohne Einfluss auf die Zahl der Geschleifungen geblieben. Im Jahre 1930 — also zur Zeit der Hochkonjunktur der polnischen Industrie und Landwirtschaft — wurden 300 221 Ehen geschlossen, 1931 waren es 273 332 und im vorigen Jahr nur noch 270 277. Innerhalb zweier Jahre hat sich also die Zahl der Geschleifungen um über 30 000 verringert. Im ersten Quartal des laufenden Jahres wurden — wie wir den "Wiadomości Statystyczne" entnehmen, fast 2000 Ehen weniger geschlossen als im gleichen Quartal des Vorjahrs.

pz

§ Internationales Ringkampfturnier. Am Sonnabend erwies sich der geräumige Garten der Concordia-Säle als zu klein. Eine ungeheure Zahl von Stühlen musste herangeschafft werden, die Galerie hatte sich etagenweise aufgebaut, viele krochen auf die Bäume. Selbst von den Dächern mussten Sportbegeisterte von der Polizei verjagt werden. Auf der Ringkampfmatte ist die Zahl der Recken beträchtlich kleiner geworden. Es fehlt der Österreicher Mottl mit seinem Riesenköpfchen, mit der Leibesfülle eines Langjährigen Schwelgers und mit dem guten Herzen des Wiener. Er hat seine Komödie zu Ende gespielt. Auch Borowik, der Rekordhalter an Niederlagen, der Ungar Nagy und der Krakauer Wienczel haben das Rennen aufgegeben. Es kämpft nur noch die Elite. Am Sonnabend ging es heiß her. Der Aufkampf zu den Kämpfen war zwar nicht vielversprechend, denn die beiden Vertreter der Grenzländer Europas, der Spanier Oliveira und der Russe Orlom bewiesen sich gegenseitig, daß sie sich ob der großen Entfernung ihrer Länder keine Sympathien entgegenbringen. Der Kampf verlor unentschieden. Unglaublich temperamentvoll kämpften Neumann und Equatore. Sowar war Neumann dem Italiener physisch unterlegen, gleich dies aber durch seine eminente Technik und seine blitzartigen Angriffe ausgezeichnet aus. Equatore wäre bald der Unterlegene gewesen. Zum Schluß mußte Neumann jedoch nach einem lange gehaltenen Doppelnelson als besiegt den Kampf aufgeben. Beim Kampf der beiden Spitzenvertreter Siegfried und Torno war man auf eine

lange Sitzung vorbereitet. Beide legten sich mächtig ins Zeug, denn der wirkende Preis von 1500 Zloty für den Sieger ist kein Pappenspiel. Recht vielsagend füllte die Kapelle die Pause zu der eigentlichen Schlußrunde dadurch aus, daß sie beiden Ringkämpfern anscheinend zur Ermunterung „Heute Nacht oder nie“ spielte. Es kam aber anders. Torno hielt Siegfried eine Zeitlang im Schlüssel. Siegfried konnte sich nur durch eine energische Bewegung davon befreien. Torno flog mit dem Kopf gegen einen Pfosten und blieb bewußtlos liegen. Der Kampf mußte unterbrochen werden. Sasorski hat im Kampf gegen Tiverton die komische Rolle Mottls übernommen, um das Publikum zu erheitern. Er siegte nach 15 Minuten. Am Sonntag legten sich Oliveira und Equatore gegenseitig abwechselnd den Doppelnelson an, zum Schluß siegte jedoch Oliveira. Siegfried konnte gegen Sasorski eigenartigerweise keine Entscheidung erzwingen. Dem Russen Orlom wäre es bei dem Haß des Publikums bald schlecht ergangen. Das Publikum hatte jedoch seine Befriedigung darin, daß Orlom im Kampf gegen Neumann disqualifiziert wurde. Der Deutsche Ahrens hat den Prager Universitätszögling Motylka nach 11 Minuten zu leicht besiegt und ihn auf die Matte gedrückt.

§ Die städtischen Uhren und zwar auch die Uhren auf der Klarinskirche und Jesuitenkirche werden am Dienstag, 25. d. M., für mehrere Stunden außer Betrieb gesetzt. Die Außenbetriebseinstellung erfolgt früh morgens um 6 Uhr zwecks Ausführung einer kleinen Reparatur in der Uhrenzentrale.

§ Das erste Badeproper der Brahe. Am Sonnabend trafen in den Nachmittagsstunden der aus dem Kreise Tuchel stammende 28jährige Eisenbahnbeamte Józef Rojowski. Er hatte sich mit einem Verwandten an den zwischen der Papierfabrik und dem neuen Elektrizitätswerk liegenden Teil der Brahe begeben, um hier zu baden. Als er zum zweiten Mal in die Brahe sprang, um nach längerem Baden sich noch einmal dem kalten Wasser anzutrauen, ging er plötzlich unter und verschwand im Strom. Es wurde sofort die Wasserpolizei und die Wasserinspektion alarmiert. Eine erfolgte Nachsuche nach dem Ertrunkenen blieb bis jetzt erfolglos. Bezeichnend ist die Tatsache, daß eine nach Hundertenzählende Menschenmenge an beiden Ufern diesem Vorgang zuschaute, es fand sich jedoch nicht ein einziger, der dem Ertrinkenden nachgesprungen wäre.

§ Von einem Auto übersfahren wurde der 65jährige Arbeiter Józef Szczypinski, Blaniuskie, 16 wohnhaft. Als Sz. am Sonnabend auf dem Neuen Markt einem Auto ausweichen wollte, kam in demselben Augenblick ein anderes Auto aus der entgegengesetzten Richtung. Er wurde erfaßt und zur Erde geschleudert, wobei er einen rechten Armbruch erlitt. Der Verunglückte wurde nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht.

§ Wegen Betruges hatte sich vor dem hiesigen Bezirksgericht der 33jährige Kaufmann Jan Karpowicz zu verantworten. Sz., der sich hier als Winkelkonsulent betätigte, hatte in Erfahrung gebracht, daß der Kaufmann Anton Hoppe eine Wohnung zu mieten suchte. Er begab sich nun zu H., stellte sich diesem als Administrator eines dem Professor Gałakowski gehörenden Hausgrundstücks vor, und gab an, daß er in dem Hause eine Zweizimmer-Wohnung zu vermieten habe. Sz. bestätigte und mietete die Wohnung und leistete eine Vorauszahlung von 100 Zloty. Groß war jedoch das Erstaunen des neuen Mieters, als er die Wohnung beziehen wollte und man ihn in das Haus nicht hineinließ. Er erfuhr nun, daß Sz. nicht der Administrator des Hauses war. Auf raffinierter Art hatte er es verstanden, sich in die in dem Hause leerstehende Wohnung einzuschleichen und sie dem Sz. anzubieten. Das Gericht verurteilte den Betrüger, der bereits wegen ähnlicher Vergehen vorbestraft ist, zu neun Monaten Gefängnis. Das Gericht veranlaßte seine sofortige Verhaftung und Einlieferung in das Gefängnis. Gegen Sz. schwieben noch Verfahren wegen etwa eines Dutzends ähnlicher Vergehen. — Nach Sz. nahm ein zweiter Betrüger, der 29jährige Reisende Stefan Fedraszek, auf der Anklagebank Platz. Sz. hatte von dem Manufakturwarengeschäft Adolf Löffler für über 1000 Zloty Waren in Kommission erhalten. Nach Verkauf der Waren war der Angeklagte verpflichtet gewesen, den Erlös der Firma einzuzahlen. Daran aber dachte der "listige" Geschäftskreisende nicht, sondern verbrauchte das Geld für seine eigenen Zwecke. Vor Gericht verteidigte sich der Angeklagte damit, daß er die Waren nicht in Kommission erhalten, sondern auf eigene Rechnung gekauft und verkauft habe. Die Aussagen des geschädigten Sz. lauteten jedoch anders. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis.

§ Diebstahl aus Gewohnheit. Ein eigenartiger Fall ereignete sich am Sonnabend in der Buchhandlung G. Hecht Nachs. in der Danzigerstraße, der die erschütternde Tatsache darlegt, daß Diebstahl oft nicht mehr eine Folge der wirtschaftlichen Not, sondern häufig eine Gewohnheit und Lebensbedürfnis sind. Er beweist aber auch, daß Kinder vielfach zu Diebstählen angehalten werden und demzufolge jede Gelegenheit zum Stehlen ergreifen. Über die Zukunft dieser Generation darf man wohl mit Recht besorgt sein. Am Sonnabend erschienen nämlich in der Buchhandlung von Hecht zwei minderjährige Mädchen, die Kienholz zum Verkauf anboten. Während das eine Mädchen unaufhörlich bat, ihm wenigstens eine Kleinigkeit abzulaufen, zeigte das andere ein auffallendes Interesse für die ausgelegten Bücher. Als beide den Laden verlassen hatten, bemerkte man zur großen Überraschung, daß mehrere Bücher fehlten. Man folgte den beiden Kindern, konnte sie noch in dem Augenblick erwischen, als sie gerade in einem Hausschlaf verschwanden wollten. Sie erhielten für ihr vorgetäuschte Dammern und für den ausgeführten Diebstahl eine Tracht Prügel und mußten die Bücher wieder aushändigen.

§ Gelegenheit macht Diebe. Am Sonntag vormittag erschien in dem Bäckerladen von Bartl in der Karlstraße eine junge Dame und kaufte Gebäck ein, das sie mit einem 20-Zlotyschein bezahlte. Nach Erhalt der Ware entfernte sie sich, wobei sie die Handtasche auf dem Ladentisch liegen ließ. Ein in dem Geschäft anwesender unbekannter Mann nahm die Gelegenheit wahr, eignete sich die Handtasche an und verschwand schleunigst aus dem Laden.

14 Jahre lang in einem Bretterverschlag.

Am Sonnabend vergangener Woche machte die Polizei in Schubin durch Zufall bei dem 73jährigen Hausbesitzer Konstantin Kwasek eine furchtbare Entdeckung. In einem Verchlage in der Waschküche entdeckte sie auf einem schmutzigen Lager einen vollkommen verwahrlosten Menschen. Es stellte sich im Laufe der Untersuchung heraus, daß der Verwahrloste der eigene 38jährige Sohn der Kwasek, Marcin, ist. Die Eltern hatten ihren geisteskranken Sohn seit 14 Jahren in dem Bretterverschlag eingesperrt gehabt, um die Kosten

für den Aufenthalt in einer Irrenanstalt zu sparen. Wie die Eltern angaben, war ihr Sohn bis zum 20. Lebensjahr geistig vollkommen gesund, erst vom 21. Lebensjahr zeigte er Zeichen von Geistesgestörtheit. Die Eltern wollen den Kranken angeblich gut versorgt haben.

Die Polizei hat die Unterbringung des Unglüdlichen in einem Krankenhaus veranlaßt. Unter den Einwohnern in Schubin hat der Vorfall begreifliche Erregung hervorgerufen.

Von Nachbarn überfallen.

Als der Landwirt Emil Streich aus Dembno bei Mogilno in der Abenddämmerung von einer Reise heimkehrte, wurde er mitten im Dorfe von seinen Nachbarn Kazimierz Szymczak und Czesław Kaczyński überfallen. Während erster auf St. zusprang und ihn vom Fahrrade stieß, schlug der andere auf den am Boden liegenden St. mit einer Stafette, worin noch ein Nagel steckte, ein, so daß er das Bewußtsein verlor. Als er nach geraumer Zeit wieder zu sich kam, sah er erhob und langsam weitergeschleppt, wurde er von St. mit Steinen beworfen. St. erlitt erhebliche Kopf- und Körperverletzungen und mußte sich in ärztliche Behandlung geben. Die beiden rohen Nachbarn werden sich vor Gericht zu verantworten haben.

□ Crone (Koronowo), 21. Juli. In der Nacht zum 20. d. M. wurde bei dem Besitzer Hermann Lange in Böttkenwalde (Bytkowice) eingebrochen. Die Einbrecher schlachteten im Stall zwei Schweine im Gecht von 1½ Zentnern ab und entkamen durchs Außenfenster unerkannt.

Diebe entwendeten kürzlich dem Besitzer Emil Lange in Böttkenwalde mehrere Hobel, Sennen usw. Auch hier entkamen die Diebe unerkannt.

Bei dem letzten leichten Schlag der Blitz in die Scheune des Besitzers Johan Januszewski in Schwedatow und äscherte sie vollständig ein. Sz. war überhaupt nicht versichert und erleidet einen großen Schaden, zumal die Ernte vor der Tür steht.

Ebenfalls schlug der Blitz in das Wohnhaus des Besitzers Lüdtke in Schwedatow. Das Wohnhaus brannte nieder. Ein Teil der Möbel konnte gerettet werden. Der Schaden ist größtenteils durch Versicherung gedeckt.

R. Kreis Gilehne (Wielen), 20. Juli. Die Roggenernte ist in unserer Gegend in vollem Gange. Sie dürfte recht zufriedenstellende Erträge liefern. Angestellte Probefelder haben von zwei Mandeln, einem Zentner Roggen geliefert, was für unsere leichte Bodenart als selten guter Ertrag zu bewerten ist. — Auch Frühkartoffeln geben gute Erträge, wozu das sonnige warme Wetter der letzten Wochen viel beigetragen hat.

q Gnezen (Gniezno), 23. Juli. Festgenommen wurden der Besitzer Antoni Babcocki und sein Stieffohn Bošowicz aus Biewiórzyn wegen Brandstiftung.

In Dalki bei Gnezen brach bei dem Besitzer Kielipinski Feuer aus. Eingeäschert wurden das Wohnhaus, Küch-, Pferdestall und der Schuppen mit sämtlichen landwirtschaftlichen Geräten. Mitverbrannt sind 2 Pferde, mehrere Kälber, Schweine und Geflügel. Der Feuermehr, die sofort zur Stelle war, wurde die Rettungsarbeit sehr erschwert, da kein Wasser in der Nähe war und die Pumpe vom Feuer umgeben war. Der Schaden beträgt 3000 Zloty.

z. Inowrocław, 22. Juli. Ein für Inowrocław nicht mehr ungewöhnlicher Umzug erfolgte wiederum in der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr. Der vor 2 Jahren aus Łódź hierher gezogene Händler Smolarz hatte in der ul. Padewskiego ein Manufaktur- und Kurzwarengeschäft inne und wollte seinem vor kurzer Zeit bei Nacht und Nebel ausgerückten Bruder nachfolgen. Doch hatte er weniger Glück, da die Polizei mit dem nächtlichen Umzug keineswegs einverstanden war. So wurde er erst zum Polizeizwirrer zitiert, das sich, belehrt durch andere Vorfälle, mit dem Steueramt in Verbindung setzte. Hier wurde festgestellt, daß Sz. 1800 Zloty Rückstände hinterlassen wollte. Nachdem er diese "Freudestrahlend" bezahlt hatte, verschwand er schleunigst, denn schon am nächsten Morgen wurde er von einem Gläubiger gesucht, dem er den zehnfachen Betrag schuldete.

* Moritzfeld (Mirucin), 22. Juli. Dem Eigentümer Karl Röpke haben Diebe mehrere Zentner Kartoffeln ausgegraben und mitgenommen. Die Täter konnten ausfindig gemacht werden.

Mit der Roggenernte ist hier und in der Umgebung begonnen worden.

g. Posen (Poznań), 21. Juli. Wieder hat die Warthe zwei Todesopfer gefordert. Es ertranken beim Baden ein Josef Blaszczyk aus der Jerschstraße und ein Gerhard Radke aus der fr. Kaiser Wilhelmstraße. Die beiden Leichen wurden bisher nicht gefunden.

Selbstmord durch Gasvergiftung verübt hat gestern infolge Nervenerkrankung die Eigentümerin des Hauses fr. Bülowstraße 5 Stanisława Wisniowska, indem sie sämtliche Gasähnliche ihrer Wohnung öffnete.

S Samotchin (Szamocin), 23. Juli. Gestern abend um 9 Uhr ertönte plötzlich Feueralarm. Die freiwillige Feuerwehr rückte sofort mit beiden Sprühen nach der Brandstelle in Athanasienhof ab, wo bei dem Galtwirt Franz Kühner auf unerklärliche Weise der Gasfall in Brand geraten war. Da auf der Durchfahrt des Stalles ein beladener Wagen mit Stroh stand, griff das Feuer mit rasender Geschwindigkeit um sich. Das Gebäude brannte in kurzer Zeit bis auf die Grundmauern nieder. Die erschienenen Feuerwehren konnten lediglich das Feuer lokalisiert und die Nebengebäude retten. Da der Besitzer bei Ausbruch des Brandes nicht zu Hause war, vermutet man hässliche Brandstiftung.

ss. Strelno (Strzelno), 21. Juli. Der Witwe Antonie Kielcarek in Witkowo wurden in ihrer Abwesenheit 1500 Zloty Bargeld gestohlen, welches sie im Bett aufbewahrt hatte.

Auf dem Gehöft des Büdners Lewandowski in Dobiko brannte das Wohnhaus nieder. Der Schaden wird durch Versicherung gedeckt.

Chef-Redakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: J. B. Arno Ströse; für Anzeigen und Klagen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich "Der Hausfreund" Nr. 167

Privatklinik Dr. Król
Bydgoszcz, Plac Wolności 11 :: Telefon 1910
a) Innere und Nerven-Abteilung
b) Chirurgisch - gynäkologische und Geburts-
hilfliche Abteilung
Röntgen-Institut. Elektrotherapie (Dia-
thermie — Höhensonne — Sollux usw.)
Medizinische Bäder etc.
5007

Berreist!
v. 24. Juli bis 16. Aug.
H. Gattelmaier,
Dentist,
Swiecie n. W.
Rynel 18. 5516

Bydgoszcz, Tel. 18-01

Dr. v. Behrens
ehem. Konsul und
Richter
verdolmetscht Ur-
kunden und Korre-
spondenz (priv. und
amtlich): Poln., Engl.,
Französ., Russisch.

Evangel. Chesaar sucht
Kind in Pflege
od. als Eigen anzuneh-
men. Gefl. Offert. unt.
L. 1412 an Ann. — Exped.
Wallis, Toruń, erb. 5491

Unser Juwe
Jungmädchen:

Erholungsheim

beginnt seine Arbeit mit leichtklassifizierten jungen
Mädchen wieder am 10. Oktober 1933 und endet
sie am 20. September 1934. Nähre Auskunft
durch unseren Prospekt über unsere Arbeit,
die den jungen Mädchen eine grundlegende
Allgemeinbildung, Kenntnis in Buchführung,
Stenographie, Schreibmaschine, Musik, sowie
in Zweigen der Hauswirtschaft u. Sachgemüse
Gärtner- u. Kinder-Pflege sowie Erziehung
und anderes vermittelt, erlaubt:

Die Innere Mission in Posen (Poznań,
ul. Gr. Ratajczaka 20),
jedes Evangelische Pfarramt und das
Diakonat — Mutterhaus „Arieli“
Wolfsberg (Rybachowo), poczta
Tłumoty, pow. Bytow.

Um jungen Mädchen aller Stände die Teil-
nahme an unserer Arbeit zu ermöglichen, be-
rechnen wir für gute Verpflegung, Wohnung,
Heizung, Beleuchtung, Wäsche und alle Unter-
haltung monatlich nur 65,— zł.

Niclaus, Bücher-Revisor 2686
seit 1906 Bydgoszcz, Plac Wolności 1.

Bekanntgabe!

In Nr. 165 der Deutschen Rundschau vom
22. Juli 1933 macht Herr Hans Mennel als
Mitbesitzer von Ljstowo bekannt, ich sei seit
dem 30. Juni 1933 nicht mehr Bäcker. Ich
erkläre darauf: Ich habe nicht einen Pacht-
vertrag mit Herrn Hans Mennel — Wiemers-
dorf allein, sondern auch noch mit der Mit-
eigentümerin von Ljstowo, seiner Schwester,
Frau Räthe Rodkroth geb. Mennel aus
Eibendorf-Sachsen. — Frau Rodkroth und
Herr Hans Mennel haben den Pachtvertrag
zusammen mit mir unterschrieben. — Frau
Räthe Rodkroth hat mir den Pachtvertrag
nicht gefündigt. — Daher besteht der Pacht-
vertrag weiterhin und ist die oben angeführte
Bekanntgabe des Herrn Hans Mennel gegen-
standslos. Rudolf Boč, 5542
Rittergutsächer von Ljstowo, pow. Tuchola.

„Radio“

Anlagen, Umarbeitungen von Radioapparaten
nach neuesten Modellen, sowie sämtl. Repara-
turen an Akkumulatoren, Mechanischlüsselgeräten
usw. werden äußerst billig ausgeführt.

Akkumulatoren-Ladestation für Radiotechnik.

Kurt Marr, Bydgoszcz, Rowodworza 51
Telefon 2310. 2669

Tee Nr. X
(26 Kräuter) verhüttet
Verfaltung, regene-
riert Herz, Lunge, Leber,
Milz, Magen, Nieren u.
Darm. 4.50 zł, gegen
Schmerzen Kapl. 4.50 zł.
Apotheke Radom Pom.
5544

Bieler Stoffe
direkt an Private,
moderne Muster für
Herren- und Kinder-
Anzüge. Ertägliche
Kammgarne v. 21.—
per 1 m. Verland nur
per Nachnahme. Ver-
langen Sie kostenl. u.
unverbindl. Muster
von der Firma 5387
Wiktor Thomke,
Bielsko-Kamianica.

Für Friseure!
Ia Rasierseife

in Riegeln, beste Quali-
tät. kg 3.— Bydgoska
Wyt. Mydla, Długa 65

Schalbretter,
Kantholz
und anderes
offeriert billigt
Sägewerk Meyer,
Gordonia 48.
Tel. 99 2690

Zimmermann
sucht Neuarbeiten und
Reparaturen. 2680
Sieroca 1, Wohnq. 3

Landwirtsohn
evgl., 26 J. a., wünscht
Einheit in Landwirt-
schaft von 70 Mg. aufw.
Berm. 8000 zł. Bildorf,
welche retourn. wird,
bitte an 5410
W. Fabianki,
Buchhandel Swiecie.

Welde junge Dame
mit ca. 25 000
Rm. Vermögen möchte
sich nach Deutschland
(Pommern) an Guts-
besitzer, 26 J. alt, evgl.,
verheiraten?

Werte Zuschr. unt. D.
5431 an die Gesell. d. 3.

Offene Stellen
Mehrere perfekte
Mühlentischler
sofort gesucht. Meldg.
schriftl. u. telef. an 5541
W. Pieć, Działdowo.
Telefon 33.

Rinderfräulein
zu zwei Mädchen, 10 u.
11 Jahre, von angen.
Luken und guten Um-
gangsformen wird ge-
sucht. Arbeitsamkeit,
Kenntnis vom kleinen
Nähen und Hauswirt-
schaftsführung unbe-
dingt erforderlich. 5551

Zofia Kantorekowa,
Lecina, woj. Łódzkie.
Kräftiges, erfahrenes

Mädchen
für deutschen Stadt-
haushalt gesucht 5534
Belwim. Dworcowala
Geucht per sofort evgl.
jung, einfach, gesund.

Mädchen
ohne gegenleit. Bergüt.
zu zwei klein. Kindern.
Offerter unter J. 5533
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

Stellengesuche

Wirtlich.-Beamter
23 J. alt, evangel., von
Jugend an im Fach,
gründl. prakt. u. theor.
Ausbildung, Landw.
Schule, Lehrlingsprüfung,
der Wlq. Poznań, sucht,
ges. auf prima Zeugn.,
Gest. Offert. u. C. 5429
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

Landwirtsohn
evgl., 32 J. alt, verheir.,
ohne Familie, sucht von
sofort passendes

Arbeitsfeld
a. als alleinig. Beamter,
da Zeugnisse vorhand.
R. Strelnau,
3. St. Popowa Kolonia,
powiat Wągrowiecki
(Poznań). 5543

Achtung!

Deutsche Dogge
swarz-weiß, Hündin,
Sonntag abend 11 Uhr
von Refuria Kupiecta
abhanden gekommen.
Es wurden zwei ig.
Leute mit dem Hund
gesehen. Über d. Ver-
bleib des Hundes geg.
Entschäd. wird gebeten.
Näh. in der Geldstift.
D. 349. od. J. M. Reibe,
Nowawies, p. Dąbrowa
(p. Mogilno) abzug. 5550

Heirat

Bess., christl. gel. Hand-
wert, evg., 30-35 J., wird
Gelegen. ges., m. 8-10 000
zł. ein Hausgrundst. m.
Bauplatz einzuherraten.
Off. m. Bill. unt. 3. 2694
an d. Gesell. d. Zeitg. erb.

**Brennerei-
Verwalter**

led., 31 Jahre alt, 10 J.
im Fach, spr. deutsch u.
poln., mit gut. Zeugn.,
sucht vom 1. 8. evgl. spät.
Stellg. Off. unt. 3. 5499
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

**Brennerei-
Verwalter**

in mittl. J., alleinsteh.,
tückig im Fach, sucht
Stell., als solch, od. auch
and. Beschäftig. Bück.
Landwirt. Hofverwalt.,
auch Feld-, Waldarbej.
Deutsch u. poln. in Wort
u. Schrift. Gute Zeugn.
u. Empfehlg. Off. erb.

Jan Przeworski,
Brennerei-Verwalter,

Szwarczenowo,

skrytko Biskupiec-Pom.
pow. Lubawa. 5387

Achtung! Landwirte und Hausbesitzer. Achtung!
Bitte ausschneiden.

Eine schöne Fassade ist die Zierde des Hauses!

Edelpułk-Fassaden in verschiedenen Ausführungen, wie Raum-, Spritz- und Schrägerpus., in diversen Farbtönen gehalten. Lange Jahre in Edelpułkwerken praktisch tätig gewesen. Eigene Materialien-Zusammenstellung. Vor- und Nachkriegs-, sowie jetzige Ausführungen zur Ansicht. Bietet Haltbarkeit für eine Generation. Sämtliche Baumarbeiten werden ausgeführt durch Fassadenpułker.

Fritz Frank, ulica ks. Storupki 35.

Deutsch. Abiturient Routinierte

Gutssekretärin und Buchhalterin

angebote unter T. 2687
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

Junger Gehilfe der polnischen Sprache
in Wort und Schrift
mächtig, mit Gutsvor-
standslachen sowie mit
allen Zweig. des Faches
gut vertr. sucht sofort oder später.

Gesellter Referenz. und Zeugnisse
vor. Off. unt. S. 5412
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

Geselle Stellung als
Gutssekretärin

bei bescheidenen Un-
tertüchen. Nötige Kennt-
nisse vorhanden. Dic-
h. polnisch versteht. An-
gebote unter II. 5420
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

Gesellter Suche Stellung als
Gutssekretärin

bei bescheidenen Un-
tertüchen. Nötige Kennt-
nisse vorhanden. Dic-
h. polnisch versteht. An-
gebote unter II. 5420
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

Gesellter Suche Stelle als
Gutssekretärin

bei bescheidenen Un-
tertüchen. Nötige Kennt-
nisse vorhanden. Dic-
h. polnisch versteht. An-
gebote unter II. 5420
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

Gesellter Suche Stelle als
Gutssekretärin

bei bescheidenen Un-
tertüchen. Nötige Kennt-
nisse vorhanden. Dic-
h. polnisch versteht. An-
gebote unter II. 5420
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

Gesellter Suche Stelle als
Gutssekretärin

bei bescheidenen Un-
tertüchen. Nötige Kennt-
nisse vorhanden. Dic-
h. polnisch versteht. An-
gebote unter II. 5420
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

Gesellter Suche Stelle als
Gutssekretärin

bei bescheidenen Un-
tertüchen. Nötige Kennt-
nisse vorhanden. Dic-
h. polnisch versteht. An-
gebote unter II. 5420
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

Gesellter Suche Stelle als
Gutssekretärin

bei bescheidenen Un-
tertüchen. Nötige Kennt-
nisse vorhanden. Dic-
h. polnisch versteht. An-
gebote unter II. 5420
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

Gesellter Suche Stelle als
Gutssekretärin

bei bescheidenen Un-
tertüchen. Nötige Kennt-
nisse vorhanden. Dic-
h. polnisch versteht. An-
gebote unter II. 5420
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

Gesellter Suche Stelle als
Gutssekretärin

bei bescheidenen Un-
tertüchen. Nötige Kennt-
nisse vorhanden. Dic-
h. polnisch versteht. An-
gebote unter II. 5420
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

Gesellter Suche Stelle als
Gutssekretärin

bei bescheidenen Un-
tertüchen. Nötige Kennt-
nisse vorhanden. Dic-
h. polnisch versteht. An-
gebote unter II. 5420
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

Gesellter Suche Stelle als
Gutssekretärin

bei bescheidenen Un-
tertüchen. Nötige Kennt-
nisse vorhanden. Dic-
h. polnisch versteht. An-
gebote unter II. 5420
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

Gesellter Suche Stelle als
Gutssekretärin

bei bescheidenen Un-
tertüchen. Nötige Kennt-
nisse vorhanden. Dic-
h. polnisch versteht. An-
gebote unter II. 5420
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

Gesellter Suche Stelle als
Gutssekretärin

bei bescheidenen Un-
tertüchen. Nötige Kennt-
nisse vorhanden. Dic-
h. polnisch versteht. An-
gebote unter II. 5420
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

Gesellter Suche Stelle als
Gutssekretärin

bei bescheidenen Un-
tertüchen. Nötige Kennt-
nisse vorhanden. Dic-
h. polnisch versteht. An-
gebote unter II. 5420
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

Gesellter Suche Stelle als
Gutssekretärin

bei bescheidenen Un-
tertüchen. Nötige Kennt-
nisse vorhanden. Dic-
h. polnisch versteht. An-
gebote unter II. 5420
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

Gesellter Suche Stelle als
Gutssekretärin

bei bescheidenen Un-
tertüchen. Nötige Kennt-
nisse vorhanden. Dic-
h. polnisch versteht. An-
gebote unter II. 5420
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

Gesellter Suche Stelle als
Gutssekretärin

bei bescheidenen Un-
tertüchen. Nötige Kennt-
nisse vorhanden. Dic-
h. polnisch versteht. An-
gebote unter II. 5420
a. d. Gesell. d. Zeitg. erb.

Gesellter Suche Stelle als<br

Bromberg, Dienstag den 25. Juli 1933.

Pommerellen.

24. Juli.

Das verfehlte deutsche Volkslied.

Die „Briesener Ztg.“ berichtet aus Hohenkirch (Pomm.) über folgenden Vorfall:

In roher Weise gestört wurde eine Geburtstagsfeier bei dem Sattlermeister Senkbeil in Hohenkirch. Es waren bei dieser Feier deutsche Ferienkinder zugegen und sangen deutsche Volkslieder. Plötzlich erschien ein Trupp von etwa 10–15 Amazies und mit den Worten: „Hier wird nicht deutsch gesungen“ eröffneten sie ein Bombardement mit über tausend großen Steinen. Drei Personen wurden verletzt, ein junger Mann so schwer, daß er einige Zeit bewußtlos war. Ein Fenster, sowie Gläser, welche in der Wohnung auf dem Tische standen, wurden zertrümmt. Polizeiliche Anzeige ist erstattet worden.

Er schrieb an Hitler.

t Gdingen (Gdynia), 22. Juli. (Eigene Meldung.) Der arbeitslose Wladyslaw Pawlak schrieb in der Meinung oder Hoffnung, daß der deutsche Reichskanzler ihm Hilfe zukommen lassen würde, in deutscher Sprache einen Brief, in dem er dem Kanzler seine betrübliche Lage schilderte und ihn um Hilfe bat. Bevor er den Brief absandte, gab er ihn seinem Freunde Stanislaw Wojciechowski, einem Zimmermann, zu lesen. Dieser las den Brief öffentlich vor, so daß die Angelegenheit zu Ohren der Polizei kam. P. und W. wurden daraufhin verhaftet. Der Vorfall, der als Beleidigung des polnischen Staates aufgefaßt wird, wurde der Gerichtsbehörde gemeldet.

Graudenz (Grudziądz).

Eine Markthalle für Graudenz.

In einer Pressekonferenz teilte Stadtpräsident Blodek mit, daß der Arbeitsfonds der Stadt Graudenz eine Anleihe von 500 000 Złoty bewilligt habe. Von diesem Betrage habe die Stadt 300 000 Złoty für den Bau einer Markthalle auf dem Platz an der Piłsudskistraße bestimmt. Die Arbeiten hierfür seien in vollem Gange. Die Bodenreinigung sei bereits der Vollendung nahe. In der städtischen Zementwerkstatt arbeiten frühere Erwerbslose, um die nötigen Fliesen herzustellen. Die Zeichnungen sind fertig und bestätigt. Die Halle soll im Außenbau noch vor Eintritt des Winters fertig werden; während der Winterszeit werden die Innenarbeiten ausgeführt werden. In der Halle werden vor allem die Fleisch- und Milchwaren, sowie die Frisch- und Gemüseverkaufsstände Unterkunft finden. Der Verkauf in der Halle soll an den Markttagen vom frühen Morgen bis zum späten Abend stattfinden können. Der Kartoffelhandel wird auf die benachbarte, benannte Prinzenstraße (Szczęsna) verlegt werden, der Verkauf von Blumen- und den übrigen Marktwaren auf den jetzigen Marktplätzen stattfinden.

Die übrigen 200 000 Złoty sollen zum Teil zur Weiterausgestaltung des nahe dem Gute Kunterstein entstandenen Bebauungsstadtteils Verwendung finden, und zwar für Kanalisation, Wasserleitung, Ebnung und Pflasterung der Piłsudskistraße hinter der Staroste bis zur Schwerinstraße (Sobieskiego). Der mit dieser neuen Straße parallel laufende Teil der Mühlenstraße (Młyńska) wird kassiert und damit dem Verschönerungsverein zur Herstellung neuer Gartenanlagen, insbesondere des Botanischen Gartens, den erforderlichen Boden geben. Ein Teil der Straßen soll betoniert und das so gewonnene Steinmaterial zur Pflasterung neuer Wege genommen werden. Weiter wird geplant, nahe dem Bahnhof, an der Kreuzung des Tuicherdammes und der Nikols von Rink-Straße eine Betonbrücke zu errichten.

Die angekündigten Pläne sind beachtenswert. Hoffentlich wird auch recht viel durchgeführt. Was den Bau der Markthalle betrifft, so wird sie zweifellos in bezug auf geordneten Verkauf, Hygiene, Entlastung mancher sehr belebter Straßen von übermäßigem Wagenverkehr manches Gute bringen. Auf der anderen Seite aber blickt ein Teil der Bewohnerchaft, nämlich die Kaufmannschaft an den Marktplätzen und benachbarten Straßen, erklärlicherweise pessimistisch auf das neue Projekt. Denn es ist nicht von der Hand zu weisen, daß der Fortzug des Haupt-Marktverkehrs aus dem Zentrum der Stadt nach deren östlicher Peripherie den genannten Geschäftsleuten eine Umsatzverminderung bringen wird. Gegenteilige Ansichten der Stadtverwaltung können hieran nichts ändern. In der Zeit der geschäftlichen Stagnation werden die in Betracht kommenden Kaufleute das um so mehr empfinden. Allerdings liegt ein Trost darin, daß die Piłsudskistraße und Umgegend kein Geschäftsviertel ist und wohl auch auf lange Zeit diesen Zustand bewahren wird.

Der Haus- und Grundbesitzer-Verein

hielt Freitag abend im „Goldenem Löwen“ eine Hauptversammlung ab, die gut besucht war. Zunächst erstattete der eine der in der vorletzten Hauptversammlung gewählten beiden Kassenreviseure, Buchhändler Schneider, den Revisionsbericht. Abgesehen von einigen geringen Beanstandungen formaler Natur ist die Kassensführung in Ordnung befunden worden, so daß dem Kassierer Entlastung erteilt wurde.

Der Vorsitzende Heinrich referierte sodann kurz über einige Steuerangelegenheiten. Bei der Abgabe für den Arbeitsfonds, die auch die Hausbesitzer betreft ihrer Vermalter, Portiers, Hausreinigungsbeschäftigte usw. zu entrichten haben, sind gewährte freie Wohnung und Naturalien (Verpflegung) mit gebührenpflichtig. Bis zum Betrage von 150 Złoty beträgt die zu bezahlende Pauschgebühr bis 25 zł. Einkommen 0,30, bis 37,50 Złoty 0,50, bis 62,50 Złoty 0,90, bis 75 Złoty 1,20, bis 100 Złoty 1,50, bis 125 Złoty 2,00 und bis 150 Złoty 2,50 Złoty monatlich. Die Gebühr (sie zur Hälfte vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer) ist an die Krankenkasse zu zahlen resp. wird von ihr zugleich mit den Krankenkassenbeiträgen eingezogen. Die Arbeitsfondsgebühr

von den vereinahmten Mieten ist beim Finanzamt zu entrichten. Die eigene Wohnung sowie die Miete von 2-Räume-Wohnungen (Stube und Küche) bleibt außer Betracht. Die zu zahlende Gebühr beträgt $\frac{1}{2}$ Prozent von den Mieten. Vom Allgemeinen Politischen Hausbesitzer-Verband werden Schritte getan, um allzu schwere Belastungen des Haushaltsses durch diese Steuer möglichst zu verhindern. Soviel aber steht fest, daß das Einkommen vom Haushalt bis 1000 Złoty frei sein sollte, über 1000 bis 2000 Złoty sollen 0,4, über 2000 Złoty 0,6 Prozent entrichtet werden, und zwar von den vereinahmten Mieten (außer von derjenigen der eigenen Wohnung). Falls das Miets-einkommen nicht ausreichend sei, sollte die Gebäudesteuer der Berechnung zugrunde gelegt werden. Die Zahlungsaufforderungen sollen bis zum 25. November ergehen, und die Zahlung bis 30. November erfolgen. Wer später die Zahlungsaufforderung erhalten, könne auch später zahlen.

Weiter machte der Vorsitzende auf die Notwendigkeit festen Zusammen schlusses aller Hausbesitzer-Organisationen aufmerksam, um mit vereinten Kräften etwas zu erreichen.

Unter „Allgemeines“ sprach Schriftführer Adolf Schulz die Notwendigkeit der Anlegung einer „Schwarzen Liste“, in der alle unlauteren Elemente, über die jetzt die Hausbesitzer zu klagen hätten, eingetragen werden sollten. Natürlich könnte die Aufstellung einer solchen Liste nur im Einvernehmen mit den anderen Hausbesitzerorganisationen erfolgen. Der Vorsitzende meinte zu dieser Sache darauf hin, daß das System der Schwarzen Liste z. B. in Deutschland von Arbeitgeber- und Lieferanten-Verbänden angewandt werde und in bezug auf den Schutz vor faulen Kunden gute Erfolge erzielle. Im übrigen kamen bei diesem Tagesordnungspunkt noch einige Angelegenheiten interner Natur zur Erledigung.

× Submission. Die Verwaltung unserer Stadt hat die Ausführung der Maurer- und Zimmerarbeiten für eine zu errichtende Markthalle zu vergeben. Kostenanschläge sind in der Bauabteilung zu erhalten. Diese erteilt auch die nötigen Auskünfte. Getrennte Oferren mit der Aufschrift „Hala Targowa“ sind in verschlossenen Umschlägen bis zum 29. Juli, 10 Uhr vormittags, dem Städtischen Bauamt, Zimmer 220, einzureichen. Die Auswahl des zu Berücksichtigenden, die Teilung der Arbeiten und Lieferungen unter mehrere Bewerber, oder die Aufzerahtlassung aller Oferren bleibt vorbehalten.

× Zwei weitere Weichselopfer. Ein blühendes, hoffnungsvolles Menschenleben fand am Freitag nachmittag gegen 3 Uhr im Weichselstrom sein jähes Ende: der 19jährige Student an der Posener Universität Gerhard Bartel. Er ließ sich vom Seminar-Bootshaus ein Paddelboot und fuhr damit auf den Strom hinaus. Nicht lange sollte die Fahrt währen, denn bald danach ist das Boot, etwa in der Mitte der Weichsel, gekentert und sein Insasse von den Wellen verschlungen worden. Der auf so traurige Weise dem Leben En:rische, ein Sohn des Rektors Bartel in Krefeld (Rheinland), war ein begabter, vielversprechender junger Mensch. Bekannt geworden ist er auch durch seine optimale Teilnahme an Tennis-turieren auf Seiten des hiesigen SG, bei denen er manchen Erfolg erzielte. — Sonnabend vormittag forderte die Weichsel ein neues Opfer. Beim Baden in der Nähe der Buhne Nr. 19 ertrank der 21jährige Arbeiter Stanislaw Dulski aus Dąbrowa Góra. Die Leichen der beiden Ertrunkenen sind bisher noch nicht geborgen worden.

× Zu 6 Monaten Gefängnis verurteilte die Graudenz-er Strafammer einen Bernard Fabiński. Dieser verbüßt z. Bt. in der Strafanstalt eine Strafe von 1 Jahr neun Monaten. Er ist ein besonders hartnäckiger Sünder, der nicht weniger als zwölftmal vorbestraft ist. Sein letztes Vergehen bestand darin, daß er während eines Spaziergangs auf dem Gefängnishofe einen Aufseher, der ihn aufforderte, die Hände aus den Taschen zu nehmen, mit der Faust ins Gesicht schlug.

× Der Sonnabend-Wochenmarkt hatte gute Zusuhr und lebhafte Verkehr aufzuweisen. Butter kostete 1,10–1,20, Eier 1–1,10, Weißkäse 0,10–0,60; Tomaten 0,60–1,00, Weißkohl 0,10, Schnittbohnen 2 Pfund 0,25, Wachsbohnen 0,20, Mohrrüben Bdh. 0,05, Erbschoten 0,10, Blumenkohl 0,15 bis 0,30, Kartoffeln Str. 4,00, Pfund 0,04–0,05; alte Hühner 2–3,50, junge Hühnchen Paar 1,50–4, Enten Stück 2–2,50, Puten 5,00, Tauben Paar 0,90–1,00; große Aale 1,30–1,40, kleine 0,60–0,80, Hechte 0,90–1,00, Schleie 0,80, Karauschen 0,50–0,80, Plöte 0,50, Krebs Mandel 0,60–0,75.

× Auf der Straßenbahn bestohlen wurde eine Gymnasiastin namens Wanda Turcik, Piłsudskistraße 58 wohnhaft. Ein Langfinger nahm ihren auf dem Borderperron stehenden Koffer mit Sachen im Werte von 250 Złoty an sich und verschwand damit.

Thorn (Toruń).

„Unvollkommenheiten.“

An dem vor dem ehemaligen Bromberger Tor gelegenen Teil des Restes des ehemaligen Glacis werden seit einigen Tagen Erdarbeiten ausgeführt. Mittels Loren werden Erdmassen von der dortigen Böschung abgeföhrt, um die auf dem zugeschütteten Festungsgrabengelände durch Nachlässen entstandenen Mulden aufzufüllen. Bei der vor zehn Jahren erfolgten Zusättigung des Grabens ließ man an dieser Stelle zur Erinnerung an einstige Herrlichkeit ein charakteristisches Eckstück des Grabens noch offen. Leider bildeten sich in wenigen Jahren dort ein widerlicher Tümpel, der dann aus hygienischen Gründen zugeschüttet werden mußte. Das ganze Gelände macht den Eindruck von etwas Unvollständigem: in dem von allen Seiten freien Zugang befindenden ehemaligen Kommandanten-Garten wurde bezeichnenderweise Wäsche getrocknet. Große Kinderscharen geben sich hier heute noch in ihren Spielen hin, im Winter auch rodelnd und schlittschuhlaufend. Vor etwa fünf Jahren wurden hier auch eine Baumgruppe ausgehoben, gewaltige Steinquader angeschafft und in feierlicher Weise der Grundstein zu einem Denkmal gelegt. Bis heute blieb aber alles unverändert liegen, bis auf die Quadern, die inzwischen still abgeföhrt wurden. Dieses hier nicht gebaute Denkmal darf nicht verworfen werden mit dem geplanten großen Freiheitsobelisk, zu

dem 1921 in sehr feierlicher Weise und in Anwesenheit des höchsten Kirchenfürsten dieses Gebietes, des Kardinals Hlond, der Grundstein gelegt wurde und dessen bereits ausgehobene Baugruben (sie befand sich nur etwa 200 Meter westlich) auch wieder zugeschüttet wurde. Der s. B. hier tätig gewesene sehr rührige zweite Bürgermeister Bieliński, der damals zum Zwecke von Geldsammlungen zu den polnischen Brüdern nach Amerika geschickt worden ist, ist nämlich mit den Erträgen dieser Sammlung bis heute nicht zurückgekehrt.

Die jetzt vorgenommenen Erdarbeiten hängen zusammen mit der aus Anlaß der in diesem Jahre noch erfolgten Eröffnung der zweiten Weichselbrücke, die in gerader Linie auf dieses Gelände am ehemaligen Bromberger Tor führt und eine Neuordnung der bestehenden Linienführung der Straßenbahn angeblich nötig machen soll. Näheres über die Umgestaltung der Verkehrsverhältnisse folgt in einem späteren Artikel.

† Von der Weichsel. Obwohl weiteres Anwachsen bevorsteht, ist der Wasserstand von Freitag bis Sonnabend morgen noch um 2 Centimeter auf 1,74 Meter zurückgegangen. Die Wassertemperatur betrug 16 Grad Celsius. — Auf der Fahrt von Danzig bzw. Dirschau zur Hauptstadt passierten die Personendampfer „Mars“ und „Gonice“, auf der Fahrt von Warschau nach Dirschau bzw. Danzig die Passagierdampfer „Kaniowczyk“ bzw. „Witek“.

† Vom Tode des Ertrinkens gerettet wurde Freitag ein etwa vier Jahre alter Knabe, der am Böllwerk an der Weichsel spielte, plötzlich das Gleichgewicht verlor und die Böschung in den Strom hinunterfiel. Durch die Schreie mitspielender Kinder aufmerksam gemacht, stürzte sich der auf der Fähre angestellte Brügge in voller Kleidung ins Wasser und er erreichte schwimmend das bereits bewußtlos gewordene Kind, das am Ufer wieder zu sich gebracht werden konnte. Um den Lebensretter in dem hohen und schnellfließenden Wasser zu unterstützen, war noch ein anderer Herr in den Strom gesprungen.

† Offiziell ausgeschrieben hat das Bezirks-Bauamt Nr. 8 (Okręgowy Urząd Budownictwa Nr. 8) in Thorn, Plac Sw. Jana 3: 1. die Reparatur der elektrischen Anlage in der Poniatowski-Kaserne der Cetn. Wysł. Kaw. in Graudenz am 4. August 1933, vormittags 10 Uhr; 2. den Bau eines Stalles für 110 Pferde des Dywizjon Pomiarów Artylerii in Thorn am 9. August 1933, vormittags 10 Uhr; 3. die Reparatur der elektrischen Anlage in der Filiale des 8 Odr. Szpital Wojsk. in Graudenz am 4. August 1933, vormittags 11 Uhr. — Baubedingungen, Kostenanschlagsformulare, Oferntvorschriften, Instruktionen für Oferrenten und Zeichnungen sind einzusehen und zu haben beim Okręgowy Urząd Budownictwa Nr. 8 in Thorn, Plac Sw. Jana 3, zwischen 12 und 18 Uhr.

† Der „Feiertag des Meeres“ war bekanntlich mit einer Strafensammlung, dem Verkauf von Propagandamaterial und der Veranstaltung der Wanki- (Johannis-) Feier verbunden. Wie das Komitee jetzt mitteilt, ist dabei eine Gesamteinnahme von 1708 Złoty erzielt worden. Die Ausgaben betrugen nur 133,41 Złoty und so konnten 1574,59 zł. der Meeres- und Kolonialliga überwiesen werden.

† Die Feuerwehr wurde Freitag vormittag gegen 11.25 nach dem auf dem linken Weichselufer in der Nähe des Hauptbahnhofs (Toruń-Przedmieście) belegenen Stewken (Staniki) gerufen. Auf dem Grundstück von Maria Ewardowska, wohnhaft in Thorn, Talstraße (ul. Klonowica) 37, war in dem Holz- und Kohlenstall Feuer ausgebrochen, das auf das Wohnhaus übergriff. Die Freiwilligen Feuerwehren aus Stewken und Podgorz (Podgórz) vermochten wenig auszurichten, da Wassermangel die Löscharbeiten erschwerte. Mit Hilfe der Thorner Wehr gelang es, zwei schwer bedrohte Nachbarhäuser zu retten. Nach etwa einstündiger Arbeit kehrte die Wehr ins Depot zurück.

Thorn.

Statt besonderer Anzeige.

Heute abend 10 $\frac{1}{4}$ Uhr entschlief sanft nach langem, qualvollem Leiden meine innig geliebte Frau, unsere herzenssoute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau

Berta Dumke geb. Lippke im 62. Lebensjahr.

In tiefer Trauer

Hugo Dutwe und Kinder.

Simon, 22. Juli 1933.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 26. d. Mts., um 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

5546

Bresle Obj. jeder Art.
Paul Neß
Sw. Dutwe 11/13. 5591

Lampions für Garten- und Sommerfeste bei Justus Wallis, Szerola 34. 511

Musik-Unterricht erteilt Karl-Julius Meissner, Mieczkiewicza 29. Fleischerei i. Ben. 4-Zimmer-Wohnung. Brüderstraße 6. 5508. a. D. Dösch. Rundsch. erb. a. D. Dösch. Rundsch. erb.

Graudenz.

Honig Brüderstraße 6. 5508. a. D. Dösch. Rundsch. erb.

Großer Unfall. Zur Zeit der jüngsten Lindenblüte wird von der Jugend an den Bäumen geradezu Raubbau betrieben. Man begnügt sich nicht damit, die besonders bei Erkältungsleidern wertvollen Blüten ordnungsmäßig durch Pfauen zu ernten, sondern bricht vielfach ganze Zweige und sogar Äste ab, so daß die Bäume danach einen trostlosen Anblick bieten. In dieser Beziehung tut sich besonders die Jugend der Lindenstraße (ul. Kosciuszki) hervor. — Kaum hat jetzt auch der Verkauf der ersten Kirschen und reifen Stachelbeeren eingesezt und schon kann man wieder beobachten, daß viele Obstesesser die Kirschkerne bzw. Stachelbeerkirschen einfach auf die Straße spucken. Fakt ist, daß jedes Jahr durch derartige Gedankenlosigkeit Unfälle hervorgerufen werden, denen in erster Linie alte und nicht mehr so bewegliche Leute zum Opfer fielen. Die ordnungsliebende Bürgerschaft wäre der Polizeiverwaltung außerordentlich dankbar, wenn sie ihre Beamten anweisen würde, ein scharfes Augenmerk auf solche Unfälle zu richten und diese zur Bestrafung zu melden! **

t Einer raffinierten Betrügerin ist die Gutsverwaltung Wiesenbürg (Prayss) hiesigen Kreises zum Opfer gefallen. Eine unbekannte Frau bestellte dort persönlich 50 Liter Milch, die am nächsten Tage in das Siechenhaus, Schulstraße (ul. Stienkiewica), geliefert werden sollten. Gleichzeitig erwähnte sie, daß sie 20 Pfund Zucker verkaufen könne und sie ließ sich darauf eine Auszahlung von 10 Zloty geben. Als die Siechenhausverwaltung am nächsten Tage ihr Erstaunen über die große Milchlieferung aussprach und von dem verkaufen Zucker überhaupt nichts wußte, wurde es klar, daß man einer Schwindlerin ins Garn gegangen war. **

Neben fünf kleinen Diebstählen, von denen einer schnell aufgeklärt wurde, und einem Falle unrechtmäßiger Aneignung verzeichnet der Polizeibericht vom Freitag noch einen Fall gefährlicher Bedrohung und zehn Zwiderhandlungen gegen polizeiliche Verwaltungsvorschriften. — Als gefunden wurden im Fundbüro des Magistrats zwölf Schlüssel abgegeben. — Dem Bürgeramt zugeführt wurden eine wegen Diebstahls verhaftete Person, in Polizeiarrest genommen eine Diebstahl- und eine fälschlich verdächtige Person. Zwei weibliche Personen wurden zwangsläufig ins Spital zum Guten Hirten eingeliefert. Eine Person wurde wegen Bettelai arretiert und der Burgstarost übergeben. **

Berent (Kościerzyna), 22. Juli. In einem Anfall von Wahnsinn stürzte sich Mittwoch früh eine 54 Jahre alte Frau aus Cerniki hiesigen Kreises in ein Dorftisch, wo sie den Tod durch Ertrinken fand. Die Leiche wurde zur Beerdigung freigegeben.

d Gdingen (Gdynia), 23. Juli. Zu einer blutigen Schlägerei kam es auf dem Seesteg zwischen mehreren Photographen aus Konkurrenzgründen. Hierbei wurde der 21jährige St. Materna von hier so schwer verletzt, daß er in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Vom Auto übersfahren wurde der 20jährige Józef Pełka, als er den Fahrdamm überqueren wollte. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz darauf im Krankenhaus verstarb.

Einen großen Verlust erlitt der Viehhändler Anton Schulz aus der Umgegend, der während des Wochenmarktes von Taschendieben bestohlen wurde. Auf unerklärliche Weise stahlen ihm unbekannte Täter die Geldtasche mit 260 Zloty, 80 Gulden und sämtlichen Personalpapieren.

Die Wegeverhältnisse in Polen.

Dass die Wegeverhältnisse in Polen nicht die besten sind, bedarf keines Beweises. Jedenfalls stehen sie nicht auf der Höhe der Zeit. Abgesehen von einigen Neuschöpfungen im Süden Ostpreußens ist es damit im ehemals preußischen Teilgebiet noch am besten bestellt, d. h. in den Wojewodschaften Posen und in Pommerellen und darüber wieder besser im Posener Bezirk, der auch zur preußischen Zeit wohl mit Rücksicht darauf, daß die höchsten Behörden der Provinz in der Stadt Posen ihren Sitz hatten, bevorzugt wurde. Am schlechtesten sind die Wegeverhältnisse wohl im Zentrum des Staates, nämlich in dem ehemaligen Kongresspolen und natürlich erst recht in den Ostgebieten. Die schlechte Beschaffenheit der Wege hat schon des öfteren in den Kommissionen des Sejm zu lebhaften Beschwerden geführt, ohne daß indessen die Verhältnisse dadurch besser geworden wären. Die Regierung hat in neuerer Zeit zwar recht beträchtliche Mittel für die Verbesserung der Wegeverhältnisse zur Verfügung gestellt; aber wenn es sich auch dabei um die Hergabe von vielen Millionen handelt, so ist das im Hinblick auf den Umsatz des Übels nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Niedrigs beschäftigt sich die polnische Presse aller Schattierungen recht lebhaft mit dieser Frage. So schreibt der „Kurier Poznański“ in seinem Leitartikel vom 18. Juli zu dem Thema u. a.:

Das Verkehrsnetz spielt im staatlichen Organismus die Rolle des Blutkreislaufs. Es belebt und ernährt alle Winkel zur Arbeit, es ist also ein Faktor ersten Ranges im wirtschaftlichen Leben und entscheidet in hohem Maße auch über das Prestige des Landes nach außen. Und endlich, es spielt eine große Rolle in den Operationen der Armee. Die besondere Bedeutung eines gut funktionierenden Systems harter Wege weiß besonders Deutschland zu schätzen. Schon während des Weltkrieges hatte Deutschland ein erstklassiges Chausseennetz, das es noch im Laufe der letzten Jahre durch eine Reihe von Arbeiten im Grenzgebiet von Frankreich und Polen vervollständigte. Die Verhältnisse in Polen haben zur Folge gehabt, daß ausländische Automobilisten die Touristen warnen, weil die polnischen Wegeverhältnisse zum Himmel schreien. Nach einer Karte des Touring-Clubs hatte Polen auf 50 000 Kilometer Wegen kaum 700 Kilometer gute Wege. Aus Warschau kann man, wenn man von den Arterien für Spaziergänger absieht, in keiner Richtung auf einer auch nur mittelmäßigen Chaussee herausfahren. Die wirtschaftlichen Folgen sind sehr empfindlich fühlbar, die landwirtschaftlichen Transporte sind, wie das Posener Blatt schreibt, erheblich teurer geworden. Die Riesenkosten für die Unterhaltung von einer Million Pferden, die zur Fahrt auf den ruinierten Straßen erforderlich sind, sind erheblich gewachsen. Die Kraftfahrzeuge werden in unerhörter Weise verbraucht, und unter diesen Umständen kann sich auch die Automobilindustrie nicht entwickeln.

Was die Zahl der Kraftfahrzeuge anlangt, so steht Polen unter 22 Staaten an vorletzter Stelle.

Beim Bau verunglückte der Tischler Franz Petke, der durch eine frische Kellerwölbung durchbrach und sich hierbei den rechten Arm brach.

t Konitz (Chojnice), 22. Juli. Die Gesellenprüfung im Tischlergewerbe bestanden vor der Prüfungskommission der Konitzer Tischlerinnung: J. Pruski aus Konitz, Paul Holänder aus Mosznik, Theus aus Lichau, Alfred Balkow aus Konitz, L. Pradziński aus Briesen.

Der heutige Sonnabendmarkt war sehr gut besucht. Es wurde gezahlt für Butter 1.20—1.30, Eier 1.10, Weißkäse 0.20, Hühnchen 0.80, Hühner 1.50—2.50, Enten 1.60—2.00, Tauben 1.30—1.40, Puten 3.50—4.00; Tomaten 1.20, Kartoffeln 2.80—3.20, Roggen 10.50—11.50, Hafer 8.50—9.00, Stroh Bund 0.50.

t Tuchel (Tuchola), 22. Juli. Der Kreisausschuß (Wydział Powiatowy) hat die Verpachtung der Kreis-Abdeckerei in Rudzimost öffentlich ausgeschrieben. Mit der Abdeckerei ist die Nutznießung von acht Morgen Land und von einer Wohnung verbunden. Fachkundige Rekurrenten wollen Osserten mit Abschriften der Beugnisse bis zum 1. September d. J. einsenden.

P Landsburg (Wiebork), 23. Juli. In der nahen Ortschaft Grünfelde, Kreis Wirsitz, feierte einer der ältesten deutschstämmigen Besitzer, der Altsitzer Johann Brum und nebst Gattin geb. Wickert, das Fest der goldenen Hochzeit. Der Jubilar zählt 75 Jahre und die Jubilarin 72 Jahre, beide erfreuen sich einer geistigen und körperlichen Frische. Pfarrer Steinke-Motschen vollzog in einer Hausfeier die Einsegnung des Jubelpaares. Unter den zahlreich eingegangenen Glückwünschschreiben wurde dem Jubelpaare ein Glückwunschkirchen sowie ein Gedenkblatt vom evangelischen Konsistorium Posen überreicht.

Am gestrigen Sonnabend in den späten Abendstunden ertrank im hiesigen See beim Baden eine männliche Person, welche hier auf der Durchreise Arbeit suchte. Der Tod soll auf Herzschlag zurückzuführen sein. Der Verunglückte stammt angeblich aus Schlesien, Kreis Tuchel.

In den Abendstunden des letzten Donnerstag geriet ein hiesiger Pferdepfleger mit seinem Pferd in der Nähe des Feuerwehrgebäudes in eine Untiefe des hiesigen Stadtsees und drohte zu ertrinken. Während das Pferd schwimmend das nahe Ufer erreichte, konnte der Mann durch Brechen von Stangen dem nassen Elemente entrinnen werden.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

*** Heiligenbeil,** 22. Juli. Bei der Arbeit tödlich verunglückt. In Groß-Lüdkenfürst war der 66jährige Altsitzer Hermann Marter beim Pflügen beschädigt. Als seine Frau mittags das Essen aufs Feld brachte, fand sie die Pferde im benachbarten Roggenfeld. Als sie näher kam, mußte sie die furchtbare Entdeckung machen, daß ihr Mann mit schweren Kopf- und Beinverletzungen, in den Strängen des Geppans verwirkt, tot am Boden lag. Wie sich der schreckliche Vorfall abgespielt hat, ist von niemandem beobachtet worden.

*** Gumbinnen,** 22. Juli. Vom Trecker zu Tode gequält. In der Nähe der Ortschaft Wilken ereignete sich ein entsetzlicher Unglücksfall. Der Kraftwagenführer Fritz Ruhnke aus Samelucken fuhr den Trecker des Besitzers Enderweit-Gumbinnen nach der Kiesgrube Kallnien. Plötzlich geriet der Wagen ins Schleudern, Ruhnke kam zu Fall und wurde vom Trecker zu Tode gedrückt.

Deutschland hat 84 mal mehr Automobile als Polen. Die Chausseen sind auf die einzelnen Teile gebiete sehr verschieden verteilt. Von den 50 000 Kilometern Straßen befinden sich in den Westgebieten 50 Prozent, in Galizien 37 Prozent und in dem ehemals russischen Teilgebiet 12% Prozent. Dieser Stand der Dinge, so schreibt der „Kurier Poznański“ seine Betrachtungen, muß unter allen Umständen verbessert werden, selbst unter den heutigen Verhältnissen, die besonders in finanzieller Hinsicht außerordentlich schwer sind.

In einem dem gleichen Thema gewidmeten Artikel schreibt der Krakauer „Czas“, der bekanntlich das Organ der konservativen Mitglieder des BB-Klubs ist u. a.:

„Der Wegebau fonds hat bisher nicht die erwarteten Ergebnisse gezeigt. Die Einnahmen dieses Fonds sind sehr mäßig, und eine Finanzierung für Wegearbeiten ist nicht systematisch genug. Ob irgend ein Generalplan für die Schaffung eines Chausseennetzes, das den neuzeitlichen Bedürfnissen entspricht, überhaupt besteht, wissen wir nicht. Wenn er besteht, so schwankt jedenfalls seine Ausführung. Jedenfalls ist dies eine der dringlichsten Aufgaben, die wir zu erledigen haben. In ganz Europa hat man jetzt erhebliche Anstrengungen gemacht, um die Chausseeverhältnisse zu verbessern. In Deutschland umfaßt das Regierungsprogramm für das laufende Jahr 4800 Kilometer Autostreßen. Die Finanzierung und der Bau ist in einer speziell ad hoc geschaffenen Gesellschaft zusammengefaßt. Der italienische Senator Puricelli hat ein Autostraßenprojekt von 15 000 Kilometern ausgearbeitet, das die Hauptstädte Europas miteinander verbinden soll, u. a. auch Warschau. Der Bau dieser Wege soll aus internationalen Fonds durchgeführt werden.“

Frankreich, Belgien und Holland besitzen jetzt schon ideale Autostraßen. In Spanien und Italien ist der Fortschritt auf diesem Gebiete enorm. Nur unsere Wege entsprechen leider nicht den neuzeitlichen Erfordernissen. Deshalb ist auch die Zahl der Autos bei uns auf die Hälfte zurückgegangen, obgleich die Automobil-Industrie sich sehr rasch entwickelt. Von den verschiedensten Seiten, so schreibt das Krakauer Blatt, gehen uns Mitteilungen zu über den schlechten Stand der Straßen aller Kategorien. Nach sehr vielen Ortschaften ist eine Fahrt im Kraftwagen ganz unmöglich. Man muß Chausseen aus dem Wege gehen undkilometerweit auf Feldwegen fahren. An anderen Stellen sind die Straßen so mangelhaft, daß man nur Schritt für Schritt vorauskommt.“

Bündlische Zustellung der Deutschen Rundschau

wird erreicht, wenn das Abonnement für den Monat August heute noch erneuert wird!

Rundfunk-Programm.

Mittwoch, den 26. Juli.

Deutschland-Sender.

06.20: Lagespruch. Anschl. bis 08.00: Von Leipzig: Konzert. 09.00: Fröhlicher Kindergarten. 09.30: Kindergymnastik. 11.30: Beifunk. 11.50: „Südste und die deutsche Freiheitssbewegung“. 12.00 ca.: Johann Strauß (Schallpl.). 14.00: Konzert (Schallpl.). 15.45: Siedenburgische Geschichten. 16.00: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Klavierwerke v. W. A. Mozart: 1. Fantasie c-moll. 2. Sonate F-dur. 18.05: Ansprache: Wehrkreisfarrer Müller. 19.00: Stunde der Nation. Sinfoniekonzert. 20.00: Aufruf für die Spende zur Förderung der nationalen Arbeit. 20.15: Von München: Das Reich rettet Wien. 21.35: Original-Schrammelquartett. 22.15: Von Mühlacker: Feierliche Eröffnung des 15. Deutschen Turnfestes Stuttgart (Auschnitt). 23.00—24.00: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.20: Von Leipzig: Konzert. 11.30 ca.: Von Leipzig: Konzert. 14.00: Märkte großer Meister (Schallpl.). 16.45: Das Buch des Tages. 17.00: Lieder aus dem kleinen „Rosengarten“, vertont von Ernst Lüth. 19.00: Stunde der Nation. Von Deutschland: Orchesterkonzert. 20.05: „Ferien der Daheimgebliebenen“. Mikrofon-Bummel. 21.20: Von Mühlacker: Zur Unterhaltung. 22.00: Zeit, Wetter, Nacht, Sport. 22.15: Von Mühlacker: Feierliche Eröffnung des 15. Deutschen Turnfestes Stuttgart 1933. 22.45—24.00: Von Berlin: Tanzmusik.

Königsberg-Heilsberg-Danzig.

06.20—08.00: Von Leipzig: Konzert. 11.30: Von Leipzig: Konzert. 13.05: Königsberg: Schallplatten. 13.05—14.30: Danzig: Schallplatten. 15.30: Kinderfunk. 16.30: Aus dem Kurgarten: Zoppot: Kurorchesterkonzert. 18.25: Königsberg: Liederstunde. 18.25: Danzig: Dr. W. Eggert, Bayreuth: Einführungsvortrag zu Ludwig van Beethovens „Fidelio“ in den Zoppoter Waldspielstätten. 19.00: Stunde der Nation. Von Deutschland: Sinfoniekonzert. 20.40: Bläser-Trio. 21.10: Von Danzig: Hunderttag in Danzig. 21.50: Wetter, Nacht, Sport. 22.15: Von Mühlacker: Feierliche Eröffnung des 15. Deutschen Turnfestes Stuttgart 1933. 22.45 bis 24.00: Von Rauschen: Tanzmusik.

Leipzig-Dresden.

06.20: Von Böhme Elster: Konzert. 10.45: Hausfrauenfunk. 12.00 (ab 11.30 f. Breslau, Hamburg, Königsberg; ab 11.45 f. Berlin): Konzert. 16.00: Für die Jugend. 18.00: Bilderkonzert. 19.00: Stunde der Nation. Von Deutschland: Sinfoniekonzert. 20.05: Feierabend-Stunde. Am stillen Abend. 20.35: Verdi: „Ernani“, Querschnitt (Schallpl.). 22.15: Von Mühlacker: Feierliche Eröffnung des 15. Deutschen Turnfestes Stuttgart 1933. 22.45 bis 24.00: Von Rauschen: Tanzmusik.

Warschau.

12.05—13.00: Schallpl., Nacht. 14.55: Schallpl. u. Nacht. 16.00: Von Ciechocinek: Konzert. 17.15: Solistenkonzert. 18.00: Schallplatten. 18.35: Lieder u. Arien. 19.05: Schallplatten. 20.00: Lieder. 21.10: Solistenkonzert. 23.00: Tanzmusik.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsausübung beilegen. Auf dem Kuvert ist der Begriff „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

Nr. 60. Wir wissen nicht, um welche Art öffentlicher Kasse es sich in Ihrem Falle handelt, wenn aber eine Genossenschaft öffentlichen Rechts oder etwas dem Ähnlichen in Frage kommt, so werden Anfragen daraus tatsächlich auf 15 Prozent aufgewertet; aber wohlverstanden: auf 15 Prozent des Goldmarkbetrages. Bei der Einzahlung im Dezember 1932 betrug aber der Goldwert von 100 Mark nur 10,40 Goldmark, und von diesen 10,40 Goldmark können Sie nur 15 Prozent beanspruchen. Mit der Mitteilung der betr. Kasse an Sie wird es also schon seine Richtigkeit haben. In Deutschland hat die Inflation, wie Sie aus diesem Beispiel sehen, schon im Jahre 1923 eingesetzt, ihre stärkste Auswirkung dann allerdings erst im Jahre 1928.

Q. Pf. S. 1. Da Sie im Verzehr sind, müssen Sie den Kurs zahlen, der am Fälligkeitstage der Forderung in Geltung war. Und dieser war an dem fraglichen Tage an der Warschauer Börse noch ein wenig höher, als Ihr Gläubiger angibt. 2. Von den Versicherungsbeiträgen an die Krankenkasse zahlt der Arbeitgeber ½ und der Versicherte ¼. Bei der Angestelltenversicherung, oder wie sie jetzt heißt, bei der Versicherung der geistigen Arbeiter steigen sich die Beiträge nach der Höhe des Verdienstes des Versicherten ab. Bei einem Einkommen des Versicherten bis 400 Zloty monatlich zahlt der Arbeitgeber 3 Fünftel und der Angestellte 2 Fünftel. Bei einem Verdienst von 400—800 Zloty monatlich zahlt der Arbeitgeber und Versicherter jeder die Hälfte, und bei einem Monatsverdienst des Versicherten von mehr als 800 Zloty zahlt der Arbeitgeber 2 Fünftel und der Versicherter 3 Fünftel.

Bromberg 100. Eine nochmalige Auswertung der Hypothek ist nicht möglich, aber durch Gesetz vom 29. März 1933 ist für ältere, d. h. vor dem 1. Juli 1932 entstandene Hypotheken vom 1. 4. 33 ab der Zinsztag auf 6 Prozent herabgesetzt worden. Für die Zeit vom 1. 4. 33 ab zuvor gezahlte Zinsbeläge können auf die spätere Zinsrate verrechnet werden.

H. Tornu. Da Ihre Schwester Selbstversichererin ist, beträgt bei ihr die Wartezeit bezüglich der Invalidenrente fünfzehn Wochengeschenken. Wenn die Versicherte Invalidenrente beansprucht, muß sie natürlich invalide sein, d. h. in ihrem Erwerb erheblich beschränkt sein und muß nachweisen, daß die Anwartschaft auf Rente nicht verloren gegangen, d. h. daß sie innerhalb zweier Jahre mindestens 40 Wochenbeiträge geleistet hat.

Karl in W. In der eigenen Wohnung können Sie natürlich reden und singen, was Sie wollen, wenn das Gesprächsraum, nicht nach außen dringt. Hier war es aber etwas anderes. Ein Kapitalverbrechen ist es ja nicht, was Sie und die anderen Teilnehmer an der Geburtstagsfeier begangen haben, und man muß überhaupt abschätzen, ob nicht die ganze „betrunke Geschichte“ im Sande verläuft, was nicht ausgeschlossen ist.

A. P. I. Der Verklagte konnte innerhalb einer Woche Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragen, und diesem Antrag hat das Gericht entsprochen. Der Prozeß geht also in der ersten Instanz weiter. II. Sie können den Mieter auf Schadensabzug verklagen, wenn Sie wissen und nachweisen können, wie groß der Schaden ist. Sonst laufen Sie Gefahr, mehr Prozeßkosten zahlen zu müssen, als der Schaden wert ist.

Ira 100. Es ist zwecklos, zu klagen und Auswertung zu verlangen. Die 10 000 Mark polnisch hatten zwar einen Wert, aber nur einen geringen, nämlich einen solchen von 22 Zloty. Aber derartige Hinterlegungen werden nur auf der Grundlage von 1 800 000 Mark = 1 Zloty umgerechnet; d. h. sie sind völlig verloren.

H. R. S. 51. 1. Der Rest von 1000 Zloty dieser Hypothek fällt unter das Gesetz vom 29. 3. 33, denn in Art. 2 dieses Gesetzes wird nur allgemein gesagt, daß die Rückzahlung von Hypothekenschulden bestimmter Art (unter die auch Ihre Forderung fällt) vor dem 1. Oktober 1934 nicht gefordert werden kann. Die Hypothek fällt zwar nicht unter das Moratorium für

Polen und die Sowjets.

Eine französische Korrespondenz aus Warschau.

In einer ausführlichen Korrespondenz aus Warschau beschäftigt sich der Pariser „Matin“ mit den polnisch-sowjetrussischen Beziehungen. Das Blatt behauptet, daß das Londoner Abkommen, das von den Sowjets mit ihren acht Nachbarstaaten abgeschlossen worden ist, „einen nicht ins Auge fallenden Abschnitt“ enthält, durch den de facto das Militärbündnis zwischen Deutschland und den Sowjets, das im Jahre 1922 in Rapallo unterzeichnet wurde, aufgehoben wird. Dieses Abkommen hatte eine Zusammenarbeit des Berliner und des Moskauer Generalstabes festgesetzt. Auf Grund der Aufhebung dieses Abkommens hat Deutschland bereits verschiedene technische Berater aus Russland abberufen müssen, und als fürstlich eine Verlängerung des Vertrages von Rapallo erfolgen sollte, hätten sich die Sowjets zwar mit einer Verlängerung des politischen Abschlags des Abkommens mit dem Reiche einverstanden erklärt, aber das militärische Abkommen hätten sie nicht verlängern wollen.

Die Wendung in der Sowjet-Politik erklärt der „Matin“ vor allem damit, daß man in Moskau davon überzeugt sei, daß die Hitler-Bewegung durch den englischen Raphtha-Großindustriellen Deterling und durch das englische Intelligence Service (Spionage-Dienst) subventioniert werde. Beide hätten die Absicht, mit Hilfe Hitler-Deutschlands einmal die Raphtha-Duellen im Kaukasus zu beherrschen, dann aber auch die englische Herrschaft in Indien vor Sowjetrußland zu schützen. Die bekannten Pläne Rosenbergs und Eugenbergs in der Frage der Aufteilung Russlands und der Beherrschung der Ukraine durch Deutschland hätten das übrige vollbracht.

Der „Matin“ behauptet, daß die polnisch-sowjetrussischen Beziehungen immer herzlicher würden, daß die Annäherung zwischen den beiden Staaten von Dauer sei, und daß man weitere diplomatische Akte erwarten könne, welche diese Verständigung sanktionieren. Das Pariser Blatt behauptet sogar, daß die Sowjets Polen den Abschluß eines Militärbündnisses vorge schlagen hätten, entsprechend der Militärvonvention, die Moskau mit Berlin verband. Die Polnische Regierung habe indessen diesen Vorschlag abgelehnt, da sie nicht wollte, daß die Abkommen mit den Sowjets über den Völkerbundpakt hinausgingen. Dagegen sei eine neue polnisch-sowjetrussische Konvention möglich, in der sich beide Staaten eine freundschaftliche Neutralität zusichern würden.

Wer agitiert in Chinesisch-Turkestan?

Russische Enthüllungen.

Die offiziösen Moskauer „Iswestija“ erläutern, hinter dem Mohammedaneraufstand in Chinesisch-Turkestan stehe Japan. In Tokio residiere in einer Prunkvilla der ehemalige türkische Prinz Abdul Kerim, der von den Japanern als Statthalter Chinesisch-Turkestans aussehen sei. Dieser alte und gebrechliche türkische Prinz soll zahlreiche japanische Offiziere und türkische Emigranten als „Berater“ erhalten, die in Wirklichkeit Chinesisch-Turkestan im Auftrage Japans regieren würden. Die „Iswestija“ wenden sich sehr scharf gegen die Behauptungen einiger Tokioer Blätter, wonach die Sowjetregierung angeblich bei dem Mohammedaneraufstand in Chinesisch-Turkestan ihre Hand im Spiele gehabt habe. Die Sowjetregierung sei im Gegenteil eine entschiedene Gegnerin der panislamistischen Kreise in Chinesisch-Turkestan, die eine Trennung dieses Gebietes von China erstreben.

Ein Freundschaftspakt

zwischen Russland, der Türkei, Frankreich, Polen und der Kleinen Entente.

In einer politischen Korrespondenz aus Moskau beschäftigt sich die Wiener „Rene Freie Presse“ mit den neuesten diplomatischen Zügen Sowjetrußlands und betont, daß Russland gegenwärtig das Gebiet der Weltpolitik betreten habe. Das Blatt hebt auch die große Bedeutung der diplomatischen Aktion Polens hervor, das durch seinen Beitritt zum Ostpakt die volle Garantie seiner Ostgrenze erhalten habe. Polens freundliche Beziehungen zu Russland würden dadurch gestärkt, wobei Polen in dieser neuen Konstellation eine leitende Stelle inne habe.

In Moskau spricht man, so heißt es in der Wiener Zeitung weiter, außerdem allgemein von der bevorstehenden Annahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und der Kleinen Entente und besonders mit der Tschechoslowakei und Rumänien, ohne daß die Beharabische Frage in irgend einer Form auferöst werden wird.

Das Hauptereignis sei aber im Herbst zu erwarten, da Freundschaftspakte zwischen Polen, Frankreich und der Türkei zustande kommen, und da Polen, Frankreich und die Kleine Entente in Moskau alle die Positionen einnehmen werden, die bis jetzt Deutschland eingenommen hat.

Die neue politische Gestaltung in Mittel- und Ost-Europa.

In Pariser Kreisen haben die Eröffnungen des bekannten polnisch-französischen Publizisten Korab-Kucharski von der Bedeutung und den Bedingungen der gegenwärtigen Annäherung zwischen Polen und Russland im Zusammenhang mit der in London erfolgten Unterzeichnung des Ostpaktes eine große Sensation ausgelöst. Korabs Informationen enthalten grundsätzlich keine unbekannten Tatsachen, doch kennzeichnend ist ihre Zusammenstellung, wobei einige Tatsachen aus der nicht allzu fernen Vergangenheit angeführt werden, die der Annäherung vorangegangen sind. Alles dies zusammengekommen gibt, nach Ansicht des „Ilustrowany Kurjer Codz.“, dem wir diese Informationen entnehmen, ein Bild über eine neue politische Konstellation in Mittel- und Osteuropa.

Als die wichtigste Stelle in diesen Informationen wird die Tatsache angesehen, daß die Unterzeichnung des Londoner Paktes im Zusammenhang steht mit der Nichterneuerung des deutsch-sowjetrussischen Militärbündnisses, das gleich nach dem Abkommen in Rapallo abgeschlossen wurde. Die

Sowjetregierung hat, als sie unlängst das Protokoll über die Verlängerung des politischen Abkommens unterzeichnete, den Vorschlag der Erneuerung der Militärvonvention mit Deutschland abgelehnt. Aus diesem Grunde sei die Deutsche Regierung gezwungen gewesen, ihre Techniker und Spezialisten zur Produktion von Kriegsmaterial aus Sowjetrußland abzuberufen. Weiter heißt es in der Information:

Bei den unlängst stattgefundenen Beratungen des Marschalls Pilsudski mit dem sowjetrussischen Gesandten Owiejenko hat der Marschall zwei kategorische Bedingungen für das Zustandekommen von freundschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion aufgestellt: Abbruch der technisch-militärischen Beziehungen Moskaus mit der Reichswehr und die Heranziehung Rumäniens zu dem allgemeinen Abkommen über die Friedensorganisation in Osteuropa. Drei Wochen darauf entschloß sich Stalin, diese Bedingungen anzunehmen.

Die freundschaftliche Atmosphäre in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Polen ist nach Korab-Kucharski derart gestärkt worden, und alle Kriegsfürcht ist in dem Maße geschwunden, daß die Sowjetregierung den Vorschlag mache,

eine Konvention zwischen den Generalstäben der Sowjetunion und Polen abzuschließen, analog zu der, die nach Rapallo zwischen Sowjetrußland und Deutschland bestand. Marschall Pilsudski hat jedoch diesen Vorschlag abgelehnt, da er ein Gegner jeglicher Geheimabkommen ist. Im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Besuch Karl Radeks nennt ihn Korab „einen außerordentlichen Gesandten Stalins“, der zu polnisch-russischen Verhandlungen mit dem Ziele entsandt worden sei, eine Form für die Annahme einer freundschaftlichen Neutralität von polnischer Seite zu finden.

Weichsel—Dnestr-Kanal.

Der „Ilustrowany Kurjer Codzenny“ läßt sich von seinem Moskauer Korrespondenten melden:

Im Zusammenhang mit der Besserung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Rumänien ist das Gerücht aufgetaucht, daß Außenkommissar Litwinow auf seiner Reise nach der Türkei auch einen Abstecher nach Bukarest machen werde. Litwinow soll sich dort u. a. über den Plan verständigen, einen Kanal, der die Weichsel mit dem Dnestr verbinden würde zu dem Zwecke, Polen einen zweiten Zugang zum Meer zu ermöglichen, zu bauen.

Außerdem sollen der Dnestr und Prut auf rumänischem Gebiet verbunden werden, um Rumänien in den Interessenkreis einzubziehen. Nach dem Plan Litwinows wird durch die neue internationale Wasserstraße die Wirtschaftslage der Staaten Osteuropas eine bedeutende Besserung erfahren. Im Zusammenhang mit dem erwarteten Besuch Litwinows wird als erster Gesandter Rumäniens in Moskau der gegenwärtige rumänische Gesandte in Riga, Sturza, genannt. Den Posten des rumänischen Gesandten in Riga würde der gegenwärtige beharabische Minister Dr. Gurguryan übernehmen.

*

Nationaler Sozialismus auch in China.

Über den „Bund der Blauhemden“, der in China die Idee einer nationalen und sozialen Wiedergeburt versucht, berichtet der Korrespondent der „Times“ in Shanghai seinem Blatt interessante Einzelheiten. Danach rekrutiert sich ein großer Teil der Angehörigen dieser Geheimorganisation aus Kadetten der Militärakademie in Whampoa. Das Ziel des „Bundes der Blauhemden“ ist die Bildung einer starken chinesischen Zentralregierung, die Abschaffung der „ungleichen Verträge“ mit ausländischen Mächten, die Ausrottung der Korruption, die Förderung der Landwirtschaft, die Sicherung des finanziellen Gleichgewichts im Staatshaushalt, die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht und der allgemeine Schulzwang. Der „Bund der Blauhemden“ hat Vertreter nach Europa gesandt, die den Faschismus an Ort und Stelle studieren sollen. Andere Mitglieder der Organisation versuchen, in den wichtigen Zentralen der Verwaltung und insbesondere in allen mit der Volkerziehung betrauten Stellen Fuß zu fassen, um von dort aus die chinesische Nation mit der Idee des Faschismus vertraut zu machen.

Es nimmt nach den Erfahrungen, die man ja auch anderweitig gemacht hat, nicht wunder, wenn von gewisser Seite versucht wird, den „Bund der Blauhemden“ durch Bereude von dem Vorhandensein einer „Mörderabteilung“ in Mitleidenschaft zu bringen. Man hat sogar — auch hierin nicht ohne Vorbild — ein Schriftstück veröffentlicht, das die Namen von 50 Personen enthält, die ermordet werden sollen. Der Korrespondent der Times betont in seinem Bericht, daß dieses Schriftstück gefälscht ist. Die Proskriptionsliste des Blauhemden-Bundes enthält die Namen der meisten politischen Führer und Militärschefs der südwestchinesischen Gruppe, u. a. auch den des Generals Fengjuhsiang.

*

„Alles dies ist nicht einen Groschen wert!“

In einer Korrespondenz aus Deutschland, die sich mit den Folgen der antisemitischen Politik der Deutschen Regierung beschäftigt, beklagt sich der jüdische „Hajn“ darüber, daß sogar die Auslands presse unter dem Einfluß der deutschen Propaganda aufgehort habe, das Verhältnis der Reichsregierung den Juden gegenüber in einem gressen Lichte darzustellen. Das Blatt schreibt u. a.:

„Auch die Welt presse schreibt schon davon zurück, die Propaganda gegen Deutschland mitzumachen. Und was die Diplomatie und die Verhandlungen im englischen Parlament in der zweiten Hälfte des Aprils, die Reden Herrichts usw. betrifft, so ist dies schon allen bekannt; doch alles dies ist nicht einen Groschen wert. Es wird geredet, aber zu Taten, zu einer wirklichen Verteidigung der Juden gibt man sich nicht her. Wenn die Juden nicht eigene Verteidiger besitzen, wenn man einfache Juden im Laufe besiegt hat, wenn dazu ein Teil dieser Juden dadurch kompromittiert wurde, daß sie alle Verfolgungen in Abrede gestellt haben, wenn die Juden schon nicht eigene hervorragende Vertreter besitzen, so wird auch Lloyd George sicher uns nicht helfen. So ist die Lage Ende April. Das allgemeine Ergebnis ist für Hitler günstig, für die Juden aber ungünstig. Man hat jetzt übrigens mit eigenen Sachen

zu tun. Schon längst hat man die Verhandlung im englischen Parlament vergessen; wir hatten bereits eine Reihe von friedlichen Reden.“

Zu diesem Klagelet bemerkte die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“: „Die Schwierigkeit der deutschfeindlichen Propaganda ist für die Juden um so schwieriger, als noch unlängst alle Juden in allen Ländern förmlich aus der Haut fuhren, um Deutschland in einem ganz anderen Lichte darzustellen, als sie dies jetzt während des Boykotts tun.“

Bauernstreit in Dänemark.

Kopenhagen, 24. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Von einem fast als „deutsch“ zu bezeichnenden Geist ergriffen und von neuer Zuversicht getragen, hat das Bauernamt in Dänemark dem System den Kampf angefangt. Der Kampfbund der Landwirte (L. S.), der in ganz Dänemark etwa 135 000 von insgesamt 200 000 Bauern umfaßt, hat am Sonntag in Nordschleswig einen Produktionsstreik durchgeführt. Wenn diese Bewegung von Nordschleswig ausgeht, so liegt das nicht nur daran, daß dort die Not des Bauernstandes am größten ist, sondern auch daran, daß dieses Gebiet aus geographischen und politischen Gründen den Geist des nationalsozialistischen Deutschland am stärksten verspürt und lebendigen Antrieb von ihm empfängt.

Die nationaldemokratische Presse läßt, daß es sich bei der Bewegung um „deutsche Landwirte“ handele. Dies wird von vorne herein dadurch widerlegt, daß aus Nordschleswig nur der Anstoß kam, den das altdänische Bauerntum aufging und mit geradezu leidenschaftlicher Zustimmung über das ganze Land trug. Am 4. Juli billigte der geschäftsführende Ausschuß Apenrade die Streikparole und schon am 12. Juli trat der Hauptvorstand des Gesamtverbandes in Aarhus zusammen, um das Vorgehen der Nordschleswiger einstimmig zu billigen. Der Bund stellte seine Mitglieder frei, entweder am 28. Juli in den Sympathiestreik zu treten und ebenfalls zum Zeichen des Protestes gegen die Vernachlässigung der bäuerlichen Lebensinteressen keine Milch an die Meiereien zu liefern, oder den Erlös der an diesem Tage abgelieferten Milch an einen Krisenfonds zugunsten Nordschleswigs einzuzahlen.

Im Aufruf der Landwirte, der in allen Provinzen und Kreisen Dänemarks lebhafte Zustimmung gefunden hat, kam eine unmissverständliche Abfrage an den parlamentarischen Aukthandel und das herrschende Parteiensystem zum Ausdruck, und noch weit schärfer und eindeutiger lautete die Stellungnahme der Bauernführer in ihren Erklärungen an die Presse. Es hieß u. a., daß Kopenhagen den Willen der Bewegung zu spüren bekommen werde und daß Minister und Parlamentarier auf ihre Bezüge verzichten sollten, da ja auch die Landwirtschaft seit Jahren keine Einnahmen gesehen habe. Vor der Hundepeitsche fürchte der Bauer sich nicht.

Der Proteststreik am Sonntag sollte zunächst nur eine Warnung sein. Wie aus den Kreisen der Bewegung verlautet, werden weitere Maßnahmen für den Fall geplant, daß die Notforderungen der Bauernschaft auf wirklichen Schutz ihrer Interessen und Bodenständigkeit unverfüllt bleiben sollten.

Post am Ziele.

Der eigene Weltrekord geschlagen.

New York, 24. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der amerikanische Weltflieger Post ist Sonntag morgen 5 Uhr m. Z. in New York gelandet. Er hat damit den Weltflug erfolgreich abgeschlossen und seinen eigenen Weltrekord um 20 Stunden und 2 Minuten geschlagen. Posts offizielle Zeit ist 7 Tage, 18 Stunden, 49 Minuten.

Der rasende Weltflieger.

Mit einem erleichterten Aufatmen hat man in aller Welt die Nachricht von dem glücklichen Eintreffen des Weltfliegers Post in New York, dem Start und Ziel seines Fluges rund um die Erde, vernommen. Mit von Tag zu Tag steigender Spannung ist allenhalben das Unternehmen verfolgt worden. Sowohl konnte man das Unternehmen schon als glücklich bezeichnen, als die vorletzte Etappe zurückgelegt war, aber seit der Flugzeugkatastrophe, die sich vor wenigen Tagen in der Neumark abgespielt hat und der die litauischen Amerikaflieger zum Opfer fielen, als sie im Bereich standen, die letzte, scheinbar völlig ungefährliche Etappe ihres Fluges zurückzulegen, ist man doch misstrauisch geworden.

In unserer Zeit bedeuten Ozeanflüge nichts Außerordentliches mehr, und gerade der Geschwindigkeit des Generals Balbo, der 24 Maschinen ohne Zwischenfall über den Ozean brachte, hat gezeigt, daß wir von einem regelmäßigen Ozeanflugverkehr nicht mehr allzuweit entfernt sind. Aber das Unternehmen Posts hat doch noch eine ganz besondere Bedeutung. Er ist am 15. Juli um 5 Uhr 10 in New York gestartet mit dem Ziel, seinen im Jahre 1931 aufgestellten Rekord für die Umfliegung der Welt zu brechen. Er wollte gegen die damals schon sensationelle Zeit einen Vorsprung von 2 Tagen gewinnen. Dieses Experiment ist nicht geglückt. Post mußte einige Zwischenlandungen vornehmen. Er konnte schon die zweite Etappe, die ihn von Berlin nach Novosibirsk führte, nicht im Non-stop-Fluge ausrücklegen, sondern mußte, durch schlechtes Wetter zum Niedergehen gezwungen, die Nacht in Königsberg verbringen. Im weiteren Verlauf der Reise hat ihm das Schicksal noch mehrere Streiche gespielt. Zum Schluß mußte er noch einmal in Nome in Alaska landen, um einige Reparaturen an seiner Maschine auszuführen.

Die große Bedeutung des Weltfluges von Post liegt darin, daß er einige neue Rekorde aufgestellt hat. Er hat den ersten Non-stop-Flug New York-Berlin als Einzelpiloten zurückgelegt. Wenn Post diesmal ohne Begleiter geflogen ist — vor zwei Jahren wechselte er sich in der Führung der Maschine mit seinem Kameraden ab — so war das nur dadurch möglich, daß er in seine Maschine einen mechanischen Piloten, einen Roboter, eingebaut hat. Auf dem größten Teile der Strecke hat der Roboter, soweit eingemessen erträgliches Wetter herrschte, die Maschine selbsttätig geführt, so daß Post täglich einige Stunden der Ruhe pflegen konnte. Deshalb ist aber die Leistung des Weltfliegers nicht geringer einzuschätzen. Es gehören ein unerhörter Mut, Ausdauer und Zähigkeit dazu, tagelang am Steuerknüppel zu sitzen und eine kleine Maschine durch Wind und Wetter über Länder und Meere zu steuern. Die Leistung ist umso mehr anzuerkennen, als Post auf dem linken Auge blind ist.

Wirtschaftliche Rundschau.

Das Londoner Silberabkommen.

London, 24. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das Silberabkommen, das in letzter Stunde vor der Beratung der Weltwirtschaftskonferenz zwischen den Staaten Indien, China, Spanien, Australien, Kanada, Amerika, Mexiko und Peru anerkannt wurde, sieht besondere Maßnahmen für jeden Unterzeichner stark zur Hebung und Stabilisierung des Silberpreises vor. Die Regierungen der silberverbrauchenden Länder, Indien, China und Spanien verpflichten sich, vom 1. Januar 1934 an auf eine Dauer von vier Jahren ihre Silberverkäufe auf eine bestimmte Summe zu begrenzen. China darf kein Silber verkaufen, das durch die Ausweitung von Silbermünzen verfügbare wird und Indien sind Silberverkäufe (z. B. an England) zum Zwecke der Kriegsschuldenzahlung in Amerika untersagt. Australien, Kanada, Amerika, Mexiko und Peru verpflichten sich weiter, während der Dauer der Vereinbarung keinerlei Silber zu verkaufen und insgesamt 35 Millionen Feinstsilber jährlich von der Silbergewinnung dieser Länder auszugreisen oder vom Markt zurückzuholen.

Das Abkommen soll spätestens bis zum 1. April 1934 ratifiziert werden und soll selbst dann in Kraft treten, wenn einige oder mehrere Silber erzeugende Länder nicht ratifiziert haben. Dem Silberabkommen, das nach einmonatigen Verhandlungen im Silberausschuss der Konferenz abgeschlossen werden konnte, wird in Konferenzkreisen beträchtliche Bedeutung beigemessen. Es ist das einzige praktisch in Erscheinung tretende Abkommen der Weltwirtschaftskonferenz.

Tritt der Zolltarif doch in Kraft?

In der Öffentlichkeit sind bekanntlich in letzter Zeit Gerüchte aufgetaucht, daß der im Vorjahr veröffentlichte Zolltarif im Oktober dieses Jahres nicht in Kraft treten wird, da es Polen bisher nicht gelang, auch nur eine einzige Neuregelung von Handelsbeziehung mit anderen Ländern vorzunehmen. Diese Gerüchte wurden von amtlicher Seite dementiert. An dieser Stelle sei jedoch folgende Unterscheidung ergänzend hinzugefügt: Vom Zolltarif, der die Zollsätze für ein- und ausgeführte Waren enthält, ist zu unterscheiden der Text des neuen Zollgesetzes, das die Bestimmung über das Verzollungsverfahren, Kompetenzen der Zollbehörde und deren Tätigkeit u. a. m. enthält. Die Arbeiten an diesem Zollgesetz werden von einer besonderen Kommission im Finanzministerium unter Teilnahme eines Delegierten des Handelskammerverbands geführt und dürften voraussichtlich bis zum Inkrafttreten des neuen Zolltarifes nicht beendet sein, obwohl ein gleichzeitiges Ausbleiben des Zolltarifes und Zollgesetzes sachlich begründet wäre. Die Herausgabe des Zollgesetzes dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach bis zum neuen Jahr aufgeschoben werden. Es ist daher möglich, daß im Zusammenhang damit eine Veränderung der Inkraftsetzung des Zolltarifes eintritt.

Die Auswirkungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms im Reiche.

Der erste Vorsitzende des Verbandes deutscher Kleiderfabrikanten (Arbeiter- und Berufskleidung) Richard Becker, Münchener Gladbach, äußert sich über die Auswirkungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms auf den von ihm vertretenen Industriezweig folgendermaßen:

"Trotz der Kürze der Zeit, die seit Veröffentlichung des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vergangen ist, wird es in der Arbeiterskleidungsindustrie mit jeder Woche deutlicher erkennbar, wie groß das Verdienst der neuen Regierung an der besseren Beschäftigung ist, die weit über den saisonmäßigen Rahmen hinausging. Überall da, wo gearbeitet wird, wird Bekleidung gebraucht und verbraucht, deshalb ist es leicht verständlich, daß durch die Wiedereinreichung von etwa 1/4 Millionen Menschen in den Produktionsprozess der Mehrverbrauch gerade an Arbeitskleidung ganz gewaltig sein muß, besonders da diejenigen, die längere Zeit arbeitslos waren, vor allem an der Kleidung sparten und diese erneut, sobald wieder Verdienst einfloß. Dazu schaffen auch die Arbeitslager Arbeit für die Kleiderfabriken und viele Fabrikanten dieser Branche, die in den letzten Katastrophenjahren den größten Teil ihres Betriebskapitals verloren, atmen jetzt auf und hoffen, wieder hoch zu kommen. Vor allem ist bemerkenswert, daß die Kundschaft — in diesem Fall der Kleinhandel in obiger Branche — endlich wieder Nut bekommen hat und nicht nur, wie es in den letzten Jahren zur Regel geworden war, den allerdringendsten Bedarf für die nächsten Wochen kauft, sondern wieder wie in der alten guten Zeit auf längere Sicht disponiert, wodurch dem Fabrikanten die Arbeit sehr erleichtert wird."

Natürlich wird die bessere Beschäftigung der Kleiderindustrie bald weitere Kreise ziehen. Jetzt schon sind viele Webereien, die einschlägige Artikel fabrizieren, wesentlich besser beschäftigt als seit Jahren, die Spinnereien folgen, und wenn all diese Industriezweige einige Zeit gut beschäftigt sind, werden auch wieder Gelder für Erneuerung der Maschinen, für Instandsetzung und Erneuerung der Gebäude hereinkommen, und dann ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo die Regierung mit Stolz sagen kann: Es ist geschafft, die Industrie ist nicht nur angekurbelt, sie läuft. Dann geht's umgekehrt wie in den letzten Jahren: der Verbrauch und die Beschäftigung der Kleiderfabriken werden automatisch höher durch jeden Arbeiter, der neu eingestellt wird, und automatisch werden durch die bessere Beschäftigung der Kleiderfabriken in allen den oben genannten Industrien immer wieder neue Arbeiter eingestellt werden können!"

Die polnische Kohlenförderung weist im Juni gegenüber Mai wiederum eine Steigerung auf, und zwar um 101 893 To. auf 1 882 443 To. Von der Gesamtförderung entfallen auf das schlesische Revier 1 420 852 To. (+ 73 275) und auf das Dombrowsko-Königsberger Revier 461 591 (+ 28 618) To. Der Gesamtumsatz betrug im Berichtsmonat 1 710 927 To., wovon 1 025 939 To. im Inlande und 684 988 To. im Auslande abgesetzt wurden. Die Haldenbestände am Ende des Monats betrugen 2 321 718 To. gegenüber 2 278 794 To. zu Beginn des Monats. Innerhalb der eingelagerten Abnehmergruppen erhöhten sich die Abrufe der Industrie um 7 048 auf 572 059 To., die Verladung an die Eisenbahn um 41 392 auf 268 664 To.

Industrie verlangt Börsy-Inflation? In Polen nehmen die Anhänger der Idee, daß aus einer Inflation der Währung für die Wirtschaft nur Vorteile zu erwarten seien, ständig zu, nachdem die Entwertung der englischen und amerikanischen Währung diesen Ländern scheinbar dauerhafte Wirtschaftsansturbelung gebracht hat. Wie ein Teil der Presse in Polen hierzu meldet, wurde in Warschauer Finanzkreisen vor kurzem ernstlich über eine von industrieller Seite ausgehende Aktion gesprochen, die darauf hinausläuft, auf die polnische Regierung einen Druck auszuüben, damit letztere von der bisherigen Deflationspolitik abgehe und dem Beispiel Englands und Amerikas folge. Bei dieser Aktion soll die oberflächliche und lodernde Industrie eine führende Rolle spielen. Eine absurde Idee, welche die Regierung keine Beachtung schenkt, da sie wirtschaftspolitisch Polen im Augenblick nur Nachteile bringen würde.

Berlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,
im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Wirtschaftsorganisatorische Vollmachten für die Reichsregierung.

Gegen schädliche Auswüchse der Kartellpolitik. — Zwangs-Kartellierung als Schutz gegen wirtschaftsegoistische Aufenseiter.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Der Plan einer moralischen und organisatorischen Bindung der gesamten deutschen Wirtschaft in einem ständigen und dauerhaften Gliederung Deutschlands, die zwingende Vorbereitung der Durchführung erforderlich, vorläufig zurückgestellt. Die Reichsregierung hat aber durch die kürzlich verabschiedete Änderung der Kartellverordnung und durch das Gesetz über Zwangskartelle des Reichswirtschaftsministers Befugnisse erweitert, mit deren Hilfe er Auswüchse einer hemmungslos freien Wirtschaftsverfassung, wie sie sich hier und da herausgestellt haben, begegnen kann.

Diese Freiheit der Wirtschaftsverfassung bestand allerdings nur zum Teil, denn auf einer Seite waren aus der Wirtschaft heraus Bindungen durch Kartelle und Syndikate eingeführt worden, und auf der anderen Seite haben gerade diese Wirtschaftsbindungen den Staat schon bald nach dem Kriege veranlaßt, sich in der Kartellverordnung ein Instrument zu ihrer Beaufsichtigung und nötigenfalls zur Einstellung auf sie zu schaffen. Der hauptfachliche Vorwurf, der den bestehenden Kartellen auf Grund ihrer bisherigen Praxis immer wieder gemacht werden mußte, war, daß sie eine eigenförmige Preispolitik zum Nachteil der Abnehmer und Konkurrenten betrieben. Straß organisierte Kartelle haben es zum Teil zuwege gebracht, daß das Ausland billiger beliefert wurde als das Inland, das mit seinen höheren Preisen die Exportverluste decken mußte. Die Tätigkeit des Preisübernahmekommissars hat in diese Praxis nur in sehr bescheidenem Umfang einzubrechen vermocht.

Auf der anderen Seite wäre es falsch, den gesamtwirtschaftlichen Nutzen kartellmäßiger Bindungen in einer Wirtschaft, die unter den gegenwärtigen Abhängigkeiten im allgemeinen an Überkapazität leidet, leugnen zu wollen. Unter diesem Gesichtspunkt hat es sich als hemmend für die volkswirtschaftliche Entwicklung erweisen, daß sie gegen widerstreitende Unternehmungen lehnen. Endes natürlich keine anderen Maßnahmen zu Gebote hatten als den, meistens mit Preisopfern verbundenen, Konkurrenzkampf oder die Bezugs- und Lieferungssperre. Diese aber war nach der bestehenden Gesetzeslage keineswegs allein in ihre Hand gelegt, sondern bedurfte eines ziemlich umständlichen und zeitraubenden Verfahrens vor dem Kartellgericht.

Jetzt wird die Reichsregierung die Möglichkeit haben, gegen eine gemeinschädliche Preispolitik von Kartellen unmittelbar durch den Reichswirtschaftsminister vorzugehen. Durch die Änderung der Kartellverordnung hat der Minister das Recht bekommen, kartellmäßige Verträge und Beschlüsse ganz oder teilweise für nichtig

zu erklären oder die bestimmte Art ihrer Durchführung zu untersagen, wenn Verträge und Beschlüsse oder ihre Durchführung die Gesamtwirtschaft oder das Gemeinwohl gefährden. Der Anrufung des Kartellgerichts bedarf es dazu nicht mehr.

Auf der anderen Seite können Gesamtwirtschaft und Gemeinwohl auch gefährdet werden, wenn Aufenseiter sich solchen Kartellsverträgen und Beschlüssen aus lediglich betriebsegoistischen Gründen widerseien. Es besteht kein volkswirtschaftliches Interesse daran, einem Unternehmen zu gestatten, daß es durch Schleuderverkäufe, die unterhalb der Produktionsbedingungen des Großteils des betreffenden Industriezweiges liegen, den Markt an sich reiht und dadurch andere Betriebe in ihrer Existenzmöglichkeit gefährdet. Deshalb ist in der Änderung der Kartellverordnung zunächst bestimmt, daß die Verhängung von Sperren regelmäßig dann nicht als unbillig gelten soll, wenn sie sich gegen Firmen richten, die durch volkswirtschaftlich ungünstige Preise gebahrt, sei es Preisfiktiverei oder Preiswucher, die zum Schaden der Wirtschaft betätigen oder deren Leitung in der Hand von geschäftlich unzuverlässigen Personen liegt.

Außerdem aber gibt das neu beschlossene Gesetz über Zwangskartelle dem Reichswirtschaftsminister und im Rahmen seiner Zuständigkeit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft das Recht, Unternehmungen zum Zwecke der Marktregelung zu Syndikaten, Kartellen, Konventionen oder ähnlichen Gebilden zusammenzuschließen oder sie an bereits bestehende derartige Zusammenschlüsse zwangsläufig anzuschließen. Derartige Zusammenschlüsse sollen unter Würdigung der Belange der Unternehmungen, sowie der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls erlassen werden. Eine grundsätzliche Absehung von der bestehenden Wirtschaftsordnung, die auf der Initiative und der Verantwortlichkeit des einzelnen Unternehmers beruht, und eine Überleitung zu einer planwirtschaftlichen Organisation soll aber durch das Gesetz nicht erfolgen.

Das Gesetz ermächtigt aus den gleichen Erwägungen den Reichswirtschaftsminister zu der Anordnung, daß innerhalb eines Wirtschaftszweiges die Errichtung neuer Unternehmungen, sowie die Erweiterung des Geschäftsbetriebes oder der Leistungsfähigkeit bestehender für eine bestimmte Zeit unterbleibt, oder von seiner in jedem Falle einzuhaltenden Einwilligung abhängig ist. Wenn man berücksichtigt, daß der deutsche Produktionsindex gegenüber dem Höchststand vom Jahre 1928 nur etwa 2/3 und, gemessen an der Kapazität der Industrieanlagen, noch weniger ausmacht, wird man die getroffene Regelung als durchaus verständig und im Gesamtinteresse liegend ansehen dürfen.

Das Gesetz ermächtigt aus den gleichen Erwägungen den Reichswirtschaftsminister zu der Anordnung, daß innerhalb eines Wirtschaftszweiges die Errichtung neuer Unternehmungen, sowie die Erweiterung des Geschäftsbetriebes oder der Leistungsfähigkeit bestehender für eine bestimmte Zeit unterbleibt, oder von seiner in jedem Falle einzuhaltenden Einwilligung abhängig ist. Wenn man berücksichtigt, daß der deutsche Produktionsindex gegenüber dem Höchststand vom Jahre 1928 nur etwa 2/3 und, gemessen an der Kapazität der Industrieanlagen, noch weniger ausmacht, wird man die getroffene Regelung als durchaus verständig und im Gesamtinteresse liegend ansehen dürfen.

Silber als Währungsmittel abgelehnt.

Die Amerikaner sind smarte Geschäftsmänner. Wissenschaft und Theorie sind ihnen gut, wenn sie dazu dienen, ihre geschäftliche Praxis zu unterstützen. Aber die Praxis ist besser. So hat man darüber, genau wie in England, lange die Währungstheorie vom Goldstandard angebetet. Warum auch nicht? Das amerikanische Geschäft ging dabei gut. Aber das tut es heute schon lange nicht mehr. Und in den Kreisen des "Brain-Trusts" des Herrn Roosevelt gibt man neben anderem die Schuld daran auch der Vergötzung des Goldes.

Also los vom Gold. Man hat zunächst den Dollar abgelöst und läßt ihn ungebunden durch das Leitseil der Golddeckung auf dem bewegten Meer der Devisenkurse treiben. Man möchte aber mehr.

Isolierte Währungsexperimente sind immer nur für

kurze Zeit möglich und nicht ohne Gefahr.

Also will man die Welt vom übersteigerten Goldwahn kurieren und hat in London auf der Weltwirtschaftskonferenz durch den amerikanischen Senator Pittmann einen Antrag einbringen lassen, der besagt, daß die Notenbanken der verschiedenen Staaten ihren Notenumlauf außer durch Gold auch durch einen bestimmten Prozentsatz in Silber decken sollen.

Silber war früher einmal allgemeines Währungsmittel, und in den Vereinigten Staaten liegt die Zeit seiner monetären Gestaltung noch nicht zu lange zurück. Aber ein Staat nach dem anderen hat sich vom Silber zurückgezogen, auch in der mildesten Form der Doppelwährung, seitdem die Silberproduktion gewaltig stieg, die Preise damit fielen und nicht nur das, sondern wegen der schwankenden Unterbringungsmöglichkeiten der erzeugten großen Mengen auch beständig auf- und abpendelten, also keine feste Grundlage für Währungswerte mehr abgaben. Heute, bei den modernen rationalisierten Produktionsmethoden, tritt dieser Zustand verfärbt in die Erscheinung.

Nun sagen die Weisen des Weisen Hauses in Washington: Unter den Schwankungen des Silberwertes leiden vor allem die Länder, die, wie z. B. China, noch eine reine Silberwährung haben. Ihre Kaufkraft ist dadurch zerstört worden, und ungeheure Märkte, die normalerweise eine große, für die Weltwirtschaft entscheidende Aufnahmefähigkeit besitzen, scheiden damit als Käufer so gut wie ganz aus. Wenn man das Silber in einem gewissen Umfang wieder rechtfertigt und zur Notendekution verwendet, wird die Nachfrage nach ihm steigen, die Preise werden anziehen und schließlich eine gewisse Stabilität erreichen. Damit wird die Kaufkraft der großen Silberwährungsländer wiederhergestellt, und alle Welt hat den Nutzen davon.

Der in London zur Beratung des amerikanischen Antrages eingesetzte Silberausschuß hat sich, obwohl Herr Pittmann mit Men-

schen und mit Engelszungen redete, diesen Argumenten nicht angeschlossen. Er ist der Meinung, die Zerrüttung gewisser exotischer Märkte wie des chinesischen liege nicht so sehr an dem niedrigen Stand des Silberkurses und seinen Schwankungen, als vielmehr an den fortgesetzten außenpolitischen und kriegerischen Wirren, die die Wirtschaft völlig aus dem Gleichgewicht gebracht haben. Der Ausschuß hat höchstensweise daraus nicht die Konsequenz der unabdingten Ablehnung des amerikanischen Vorschlags gezogen. Er hat nur beschlossen, zu erklären,

dass die Frage der Remonetisierung des Silbers auf einen günstigeren Zeitpunkt verschoben werden müsse.

Einstweilen hat er empfohlen, den scharfen Schwankungen des Silberwertes mit den verfügbaren Mitteln entgegenzutreten, niedrigwerte Noten möglichst durch silberne Scheidemünzen zu erzeugen und keine gesetzlichen Maßnahmen im Sinne einer weiteren Erweiterung der für die Kurserhöhung silberhaltigen Silbermünzen, also durch Herabsetzung ihres Silbergehaltes, zu treffen. Im übrigen empfiehlt er als Voraussetzung seiner gutgemeinten Ratschläge eine eingehende Verständigung zwischen den silberzeugenden und silberverbrauchenden Staaten, möglichst noch in diesem Jahre.

Die Vereinigten Staaten sind also mit ihrem Plane einer Wiedereinführung des Silbers als Währungsmittel abgefallen.

Sie werden nun nach diesem von ihnen selbst provozierten Beschuß auch nicht daran denken dürfen, im eigenen Lande, wie von führenden Köpfen beabsichtigt war, ein hauptstaatliches Währung einzuführen. Mit etwas gemischten Gefühlen wird man in Washington jetzt auf die großen Silberberge schauen, die England bei der Zahlung der letzten Kriegsschuldenrate auf Grund der von Roosevelt erteilten Genehmigung nach Amerika geschickt hat. Diese den Schuldnern entgegenkommende Geste war ja gemacht in der Erwartung, daß man die als Zahlung entgegengenommenen Silberbarren in die Koffer der Bundesreservebanken zum Zwecke der Notendekution geben könnte. All diese Träume sind zerronnen.

Und vor allem diesenjenigen, denen sich die amerikanischen Silberproduzenten hingeben hatten. Die Vereinigten Staaten sind das größte Silberproduktionsland der Erde, und die Silberbergwerke im zweitgrößten, Mexiko, sind auch zum größten Teil in amerikanischen Händen. Hätte man die Remonetisierung des Silbers erreicht, dann wären die Silberminenbesitzer wohl die einzigen gewesen, die einen Vorteil davon gehabt hätten. Und das stand wohl letzten Endes hinter dem amerikanischen Antrag im Silberausschuß zu London.

Für 100 kg.: Weizenmehl 22,60—26,75, Roggenmehl 21,00—23,25, Weizenkleie 9,30—9,40, Roggenkleie 9,30—9,40, Raps —, Vittoria-erbien 24,00—29,50, Kl. Speisewaren 20,00—22,00, Rüttelerbien 13,50 bis 15,00, Belutschien 14,75—16,25, Uderbohnen 14,00—15,50, Wiesen 14,25—16,00, Lupinen, blaue 12,25—14,00, Lupinen, gelbe 16,00—17,50, Serradella, alte —, Leinluchen 14,50—14,70, Trockenknödel 8,60—8,70, Sona-Extraktionsrohr loco Hamburg 13,70—14,00, loco Stettin 14,30, Kartoffelflocken 13,70—13,80.

Gesamtendenz: schwächer.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörsen vom 22. Juli. Die Preise verfehlten sich für 100 Kilo in Zloty:

	Richtpreise:
Weizen	36,00—37,00
Roggen, alt	18,25—18,50
Mahlgerste 64—66 kg	—
Roggen, neu	
zum Mahlen	16,75—17,00
Wintergerste	14,25—15,25
Hafer	14,50—15,00
Roggenmehl (65%)	32,00—33,00
Weizenmehl (65%)	57,00—59,00
Weizenkleie	10,00—11,00
Roggenkleie (groß)	11,00—12,00
Sommerwiese	9,75—10,50
Peluschen	12,50—13,50
Vittoria-erbien	12,00—13,00
Blaue Lupinen	7,50—8,50
Gelbe Lupinen	9,50—10,50
Winterrüben	40,00—41,00
Sommerwiese	12,50—13,50

Gesamtendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 15 to, Gerie 90 to, Roggenmeh